

# vbb magazin

12

Dezember 2023 • 62. Jahrgang



Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten und Beschäftigten  
der Bundeswehr



## Reorganisation

Seite 5 <

Bundeswehrtagung

Seite 6 <

Informations-  
veranstaltung  
des Ministers



> Editorial



© Friedhelm Windmüller

Liebe Kolleginnen,  
Liebe Kollegen,

im November lud der Minister gleich zu zwei wichtigen Veranstaltungen ein: zunächst zur Bundeswehrtagung für das Spitzenpersonal ab der BesGrp. B6+ Anfang November und dann zu der Informationstagung für den Hauptpersonalrat beim BMVg und weitere Interessenvertretungen Ende November.

In der Zwischenzeit hat sich der Bundesvorstand des VBB zur Herbsttagung im schönen Erfurt getroffen. Hier wurden wichtige Beschlüsse im Hinblick auf die beiden „Großereignisse“ des nächsten Jahres getroffen: die Personalratswahlen vom 13. bis 15. Mai 2024 sowie den Bundesvertretertag vom 25. bis 27. November 2024.

Zurück aber zu den beiden Veranstaltungen des Verteidigungsministers: Es wurde in beiden Veranstaltungen deutlich gemacht, dass viel in Bewegung ist. Die Taskforce Personal hat zum Beispiel bis zu 60 Maßnahmen identifiziert, die relativ kurzfristig zu Verbesserungen bei der

Personalgewinnung und -bindung bewirken sollen. Es fallen Stichworte wie Regionalisierung, Dezentralisierung und Flexibilisierung. Die Nachwuchswerbung soll verstärkt vor Ort durchgeführt werden, was wir begrüßen. Ob dann auch eine regionale Karriere bei der Bundeswehr möglich ist oder sich das gewonnene Personal bei der Bundeswehr wohlfühlt, ist eine andere Frage. Es wird auch überlegt, wie man die Auszubildenden vor Ort besser halten oder – in der Personalsprache – „binden“, kann. Die Ausbildungsangebote werden mit ca. 90 Prozent sehr gut angenommen, die Übernahmequote ist jedoch nicht befriedigend. Flexibilisiert werden die Einstellungstermine für die Soldatinnen und Soldaten schon ab Januar 2024. Insgesamt hoffen wir alle, dass die Maßnahmen, die offiziell Ende des Jahres vorgelegt werden, Erfolg haben werden.

Insgesamt gibt es jedoch einen Begriff, der vielen bei der Taskforce Personal Kopfzerbrechen bereitet, nämlich der „Themenspeicher“. In diesem werden all diejenigen Ideen und Maßnahmen abgespeichert, von denen keine schnelle Wirkung oder Umsetzung erwartet wurde. Es bleibt abzuwarten, welche Themen hierin abschließend enthalten sein und mit dem Abschlussbericht übergeben werden. Wir als VBB würden es sehr begrüßen, wenn die Binnenoptimierung der Bundeswehr, insbesondere die statusgerechte Aufgabenwahrnehmung, mit der Folge einer Stärkung der Truppe nachhaltig verfolgt würde. Gerade vor dem Hintergrund und der angespannten Bundeshaushaltssituation sollte das Optimierungspotenzial innerhalb der Bundeswehr nicht außer Acht gelassen werden.

Vielleicht werden der Aspekt Binnenoptimierung und die damit verstandene Stärkung der Streitkräfte in der vom BM angewiesenen Reorganisation der nächsten Stufe berücksichtigt. >

> Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschullallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 030.31174149. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitender Redakteur:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 42,60 Euro zzgl. 8,60 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,90 Euro zzgl. 1,85 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 64** (dbb magazin) und **Preisliste 48** (vbb magazin), gültig ab 1.1.2023. **Druckauflage:** dbb magazin: 552265 (IVW 3/2023). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **ISSN 0521-7814**

> vbb

>	VBB-Bundesvorstandssitzung 2023 in Erfurt	5
>	Bundeswehrtagung 2023 in Berlin	5
>	Informationsveranstaltung des Ministers für die Interessensvertretungen	6
>	Gespräch mit MdB Dr. Klinck	6
>	Gemeinsamer Austausch VBB und VSB	6
>	Informationsaustausch	8
>	Personalentwicklungskonzeption für Beamtinnen und Beamte in der Zeitenwende	8
>	Antrittsbesuch beim Präsidenten BAIUDBw	8
>	Amtsangemessene Alimentation – Aktueller Stand	9
>	Umbauprozess der Bundeswehr geht weiter – Verlängerung des TVUmBw unumgänglich	9
>	Gesetz zur Anpassung der Bundesbesoldung und -versorgung für die Jahre 2023 und 2024 (BBVAnpÄndG 2023/2024)	10
>	BMI: Anzeige von Nebentätigkeiten – Absehen vom Schriftformerfordernis	12
>	Arbeitnehmer:innen im VBB	12
>	VBB-Jugend	12
>	Bundesschwerbehindertenvertretung	15
>	Seminare	15
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	16
>	Personalnachrichten	30

> dbb

>	Online Cybersicherheit: Klick und weg	33
>	Standpunkt Verwaltungsdigitalisierung: Bahn frei für Digital Natives	36
>	Blickpunkt Personal und Moderne Verwaltung: Plädoyer für eine zeitgemäße Organisationskultur	40
>	Gigabit-Ausbau: IT-Branche fordert bessere Rahmenbedingungen	42
>	Interview Dr. Markus Richter, Beauftragter der Bundesregierung für Informations- technik: Der öffentliche Dienst muss noch stärker als attraktiver Arbeitgeber bekannt gemacht werden	46

Der BM hat den StS Hilmer und den Generalinspekteur beauftragt, die Streitkräfte und die Bundeswehrverwaltung hinsichtlich organisatorischer Optimierungspotenziale zu untersuchen. Ungeachtet dessen bleibt die Federführung bei Reorganisationen beim StS Hilmer als für die Organisation zuständigem Staatssekretär. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen bis Ostern 2024 vorliegen.

Hier hatte ich bei der Informationsveranstaltung des Ministers für den HPR nachgefragt, ob wir darauf vertrauen können, dass bei allen finanzwirksamen Maßnahmen die Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung zur Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beachtet werden.

Der VBB hält dies aktuell insbesondere bei der sog. CAMOBw für dringend erforderlich. Noch in Zeiten vor dem Ukraine-Krieg wurde hier eine untergesetzliche Regelung (DEMAR) zur Überprüfung von Luftfahrzeugen standardisiert. Es gibt Überlegungen, diese Aufgabe aus dem BAAINBw herauszulösen und in einer neuen militärischen Dienststelle unter gleichzeitigem Aufwuchs von mehreren Hundert Dienstposten zu verorten (CAMOBw). Abgesehen von den finanziellen

Auswirkungen ist die Zusammenlegung von Kontrolleur und Kontrolliertem (ganz nach dem Motto „Mach Dir Deinen TÜV selbst“) innerhalb eines OrgBereiches aus Compliancegründen fragwürdig. Das System von Checks and Balances sollte nicht ohne Not aufgegeben werden. Vielmehr wird hoffentlich in der oben erwähnten organisatorischen Prüfung der Streitkräfte untersucht, ob eine weitere Kommandoebene die dringend notwendige Ausrichtung der Streitkräfte wirklich verstärken kann oder ob es nicht aufwandsärmer geht. Auch könnte man grundsätzlich den Sinn und die Notwendigkeit der selbst geschaffenen Regularien hinterfragen.

Die von StS Zimmer für den Bereich der Rüstung und von StS Hilmer für den Bereich der Infrastruktur erlassenen Weisungen zur Reduzierung von nicht notwendigen Regelungen und die Rückführung auf die gesetzlichen Vorgaben sollten vom Generalinspekteur auch auf seinen militärischen Verantwortungsbereich angewandt werden. Ein Blick auf den umfangreichen Regelungskatalog der Bundeswehr lässt erkennen, dass in der Bundeswehr weit überproportional militärische Verwaltungsvorschriften erlassen worden sind.

Ebenfalls habe ich beim Staatssekretär angeregt, dass bei der Reorganisation auch die privatisierten Gesellschaften der Bundeswehr mit betrachtet werden. Welche Vorkehrungen wurden hier bisher getroffen, um eine ununterbrochene Unterstützung der Streitkräfte auch im Bündnisfall zu gewährleisten?

Der Vortrag von Generalmajor Hoppe, dem stellv. Abteilungsleiter FüSK, zur Aufstellung der Brigade in Litauen hat umfangreichen Klärungs- und Handlungsbedarf aufgezeigt. Wenn die Brigade eine Vollausrüstung erhält und umfangreiches Übungsgeschehen geplant ist, dann ist die Heeresinstandsetzung (HIL GmbH) mit Sicherheit gefragt. Bereits vor dem Hintergrund der Zeitenwende, aber eben auch ganz aktuell muss auch die sog. „Kriegstüchtigkeit“ der zivilrechtlich organisierten HIL oder anderer Inhousegesellschaften kritisch hinterfragt werden. Ob dies bei dem 8. Änderungsvertrag der HIL GmbH, der kürzlich im Verteidigungsausschuss auf der Tagesordnung stand, geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Der VBB hält es jedoch für essenziell erforderlich, dass alle Bereiche der Bundeswehr – also auch die Inhousegesellschaften im weiteren Sinne – auf die

Kernaufgaben der Bundeswehr ausgerichtet werden.

Neben all den herausfordernden dicken Brettern gibt es aber auch einen Lichtblick. Denn völlig neu – den veränderten Rahmenbedingungen angepasst – wird offenbar bei der Personalentwicklung der Beamtinnen und Beamten gedacht. Das Fachreferat hat den Interessenvertretungen ein Konzept mit einem neuen Mindset präsentiert: mehr Anreiz statt Pflicht! Die Resonanz war bisher ausschließlich positiv. Zahlreichen langjährigen Forderungen des VBB wird dabei Rechnung getragen. Das Konzept wird nun noch auf den offiziellen Weg – fachliche Abstimmung und Beteiligung – geschickt.

Mit diesem positiven Eindruck will ich schließen, denn er zeigt, dass wir gemeinsam im und für den Verband Themen bewegen können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Weihnachtszeit mit Zeit für Gespräche und Muße!

Ihre

*Imke v. Bornstaedt-Küpper*

Imke v. Bornstaedt-Küpper,  
Bundesvorsitzende

## Frohe Weihnachten

Wir, der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V., wünschen allen unseren Mitgliedern, Freunden und Gesprächspartnern in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2024!

Ihr/Euer



# VBB-Bundesvorstandssitzung 2023 in Erfurt

Der Bundesvorstand des VBB ist vom 12. bis 15. November in Erfurt im Radisson Blu Hotel zu seiner traditionellen Herbstsitzung zusammengekommen.

Der Bundesvorstand hatte sich auf dieser Tagung sehr viele inhaltliche und verbandsinterne Themen vorgenommen. Nichtsdestotrotz standen natürlich auch der gesellige Austausch und eine besondere Stadtführung in Erfurt auf dem Programm.

Zunächst wurde der langjährige Vorsitzende des Bereichsvorstands IX, Jakob Milles, für sein

ern erfreulicherweise berichten, dass die Mitgliederzahlen des VBB konstant steigen.

Die Agenda des Bundesvorstands war für diese Tagung besonders gefüllt, weil im kommenden Jahr mit den Personalratswahlen und dem Bundesvertretertag gleich zwei sehr wichtige Veranstaltungen für den VBB anstehen. Dementsprechend hatte der



sonalrats besprochen und beschlossen. Dies gilt sowohl für Beamten- als auch Arbeitnehmerlisten. Die Jugend hatte auch die Gelegenheit, die Listen der anstehenden JAV-Wahlen vorzustellen. Ein weiterer Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit war die Vorbereitung des Bundesvertretertags 2024.

Am Nachmittag des zweiten Tages brachen die Vorstandsmitglieder zu einer gemeinsamen Stadtführung durch Erfurt auf. Unter dem Motto „Von der mittelalterlichen Stadt hinauf zur Krone Erfurts“ berichteten zwei erfahrene Stadtführer über viele Details und Geheimnisse der schönen Stadt Erfurt. Highlights der Stadtführung waren sicherlich die Besichtigung der Zitadelle Petersberg im Herzen der

Stadt und eine Führung durch die alten Gänge und Wehranlagen der Festung. Nach der langen Wanderung durch die thüringische Landeshauptstadt konnten sich die Teilnehmer im bayrischen Brauhaus Augustiner an der Krämerbrücke ausgiebig stärken und austauschen.



langjähriges Engagement im Bundesvorstand geehrt und aus diesem Gremium offiziell verabschiedet. Daraufhin konnte die Bundesvorsitzende Imke v. Bornstaedt-Küpper den Mitglie-

Bundesvorstand viel zu besprechen, diskutieren und zu beschließen. Unter anderem wurden sowohl die Listen der Bezirks- und Gesamtpersonalräte als auch die des Hauptper-



## Bundeswehrtagung 2023 in Berlin

Am 9. und 10. November hat Bundesminister Boris Pistorius zur alljährlichen Bundeswehrtagung eingeladen. Die Tagung stand in diesem Jahr unter dem Credo Transformationsprozess hin zu einer „kriegstüchtigen“ Bundeswehr.



Neben rein informativen Vorträgen u. a. zum Werkstattbericht der Taskforce Personal und einem Lagebericht zu den Fortschritten im Handlungsfeld Beschaffung fand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der NATO, dem Chef des Bundeskanzleramts, Wolfgang

Schmidt, und dem litauischen Oberbefehlshaber der Streitkräfte zum Thema Zukunft der Gesamtverteidigung in Europa statt. Ebenso wurden Entscheidungen zum weiteren Umbau des Ministeriums durch den Staatssekretär Hilmer bekannt gegeben. Es wurde dabei versichert, Personalvertretungen bei den anstehenden Personalmaßnahmen von Anfang an mit einzubinden. Höhepunkt des zweiten Tages war der Auftritt des Bundeskanzlers, der in seiner Rede das Zwei-Prozent-

Ziel an Verteidigungsausgaben als dauerhafte Verpflichtung für eine wehrhafte Bundeswehr öffentlichkeitswirksam anerkannt hat.

Solche Tagungen dienen nicht nur der Informationsvermittlung, sondern auch dem gemeinsamen Austausch. So nutzte die Bundesvorsitzende des VBB, Imke v. Bornstaedt-Küpper, die Gelegenheit für Gespräche mit zivilem Spitzenpersonal des Geschäftsbereiches. Neben Interessenvertretern waren auch unsere Jugendvertretung und zivile Personalräte zugegen.

# Informationsveranstaltung des Ministers für die Interessenvertretungen

Vom 27. bis 29. November fand in der Nähe von Berlin die Informationsveranstaltung des Bundesministers für die Interessenvertretungen statt.

Dieses Format findet jährlich statt und verschafft den Teilnehmenden einen guten Überblick über die aktuellen Themen. Damit wird eine solide Grundlage geschaffen, um die Fragen im Tagesgeschäft einzuordnen und Entscheidungen zu treffen.

Frau *Döring* gab einen Überblick über die von der Taskforce Personal identifizierten 60 Maßnahmen, die zu einer besseren Personalgewinnung und -bindung führen sollen.

Herr Unterabteilungsleiter *Otten* aus der Abteilung Ausrüstung stellte den beachtlichen Umfang der Beschaffungen des letzten Jahres, sei es Material, Gerät oder Fahrzeuge, dar.



Herr Generalmajor *Hoppe* von der Abteilung SE referierte über den Aufbau der Brigade in Litauen mit einem ambitionierten Zeitplan und unglaublich vielen Einzelfragen, die beachtet und gelöst werden müssen. In den Panels wurde

dann themenbezogen informiert und diskutiert.

**Ziel des VBB ist es, in der geplanten Regelung planbare Freizeit für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr sicherzustellen.**

Außerdem nutzten die beiden Vorsitzenden des VBB und VSB, Imke v. Bornstaedt-Küpper und Andreas Füllmeier, die Zeit für den gemeinsamen Austausch.

## > Gespräch mit MdB Dr. Klinck

Die Bundesvorsitzende Imke v. Bornstaedt-Küpper hat mit MdB Dr. Kristian Klinck über aktuelle Themen des Verteidigungsausschusses gesprochen.



## > Gemeinsamer Austausch VBB und VSB

Die gemeinsame Zeit auf der Informationsveranstaltung nutzten außerdem die beiden Vorsitzenden des VBB und VSB, Imke v. Bornstaedt-Küpper und Andreas Füllmeier, für den gemeinsamen Austausch.





# Informationsaustausch

Im Rahmen der Informationsveranstaltung des Bundesministers der Verteidigung, Boris Pistorius, für den Hauptpersonalrat beim BMVg und weiteren Interessenvertretungen tauschten sich die Bundesvorsitzende des VBB, Frau v. Bornstaedt-Küpper, Rainer Zeller, Mitglied im HPR beim BMVg, und Frank Holzhausen, Gruppensprecher der Beamten im BPR beim BAIUDBw, mit den

Entscheidungsträgern im BMVg hinsichtlich aktueller Themen wie die Reorganisation des BMVg, die Aufstellung der Brigade Litauen, die Beschaffung neuer Waffensysteme, aber auch bezüglich beamtenrechtlich relevanter Themen wie die einheitliche Beurteilung der Beamten und das geplante neue Personalentwicklungskonzept lebhaft aus.

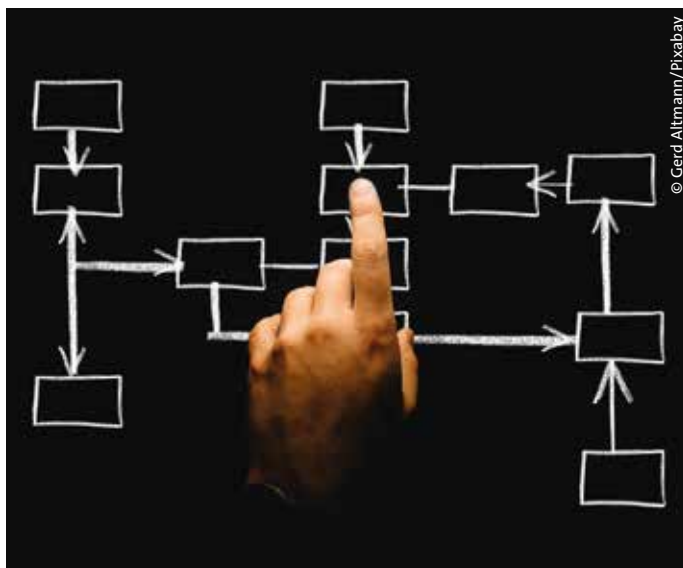
Ein wesentlicher Bestandteil der Gespräche war die für die Bundeswehrfeuerwehr maßgebliche und nun zur Überprüfung anstehende Regelung Arbeitszeit und Vergütung im Schichtdienstbetrieb der Bundeswehrfeuerwehr. Ziel des VBB ist es, in der geplanten Regelung planbare Freizeit für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr sicherzustellen.



© VBB

# Personalentwicklungskonzeption für Beamtinnen und Beamte in der Zeitenwende

Verwendungswechsel, Mindestbewährungszeiten – das sind die „Pflichttore“ in der aktuell geltenden Vorschrift A-1340/16 „Personalentwicklung für Beamtinnen und Beamte in der Bundeswehr“ (PEK).



© Geerd Altmann/Pixabay

Sind diese Vorgaben in der Zeitenwende noch geeignete Instrumente für eine attraktive Personalentwicklung und -bindung?

Der VBB ist nicht dieser Ansicht und dringt schon lange auf eine Evaluierung und Anpassung des PEK an die heutige Zeit und die aktuellen Herausforderungen.

Ein PEK wird benötigt, Grundlage hierfür ist § 46 der Bun-

deslaufbahnverordnung (BLV). Doch in der Ausgestaltung ist das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) frei.

Neue Maßstäbe eines veränderten PEK sollten sein: Flexibilität im Verwendungsaufbau, individuelle Ausrichtung in der Personalentwicklung sowie Anreiz statt Pflicht.

Aktuell arbeitet das BMVg an einer Anpassung des PEK. Kernpunkte dieses „neuen“

PEK im Zeichen der Zeitenwende sind die Einführung eines Development Centers, Stärkung der Gesprächsformate, Reduzierung der Verwendungswechsel im mittleren und gehobenen Dienst und Wegfall der verpflichtenden ministeriellen Schleife im höheren Dienst. Der VBB begrüßt diese Änderungen

ausdrücklich und unterstützt die Neugestaltung des „neuen“ PEK, stellen die veränderten Kernpunkte doch zentrale Forderungen des VBB dar.

Der VBB steht für Veränderung und Gestaltung im Dialog, für ein zeitgerechtes und attraktives PEK.

## > Antrittsbesuch beim Präsidenten BAIUDBw

Es gab genügend Themen bei dem Antrittsbesuch der Bundesvorsitzenden Imke v. Bornstaedt-Küpper bei Prof. Börger, Präsident des BAIUD.

Sie reichten von der Feuerwehr bis hin zu der aktuellen Infrastrukturfragen beim Aufbau der Brigade in Litauen.



© VBB

# Amtsangemessene Alimentation – aktueller Stand

Das Bundesverfassungsgericht hat mit zwei Beschlüssen vom 4. Mai 2020 festgestellt, dass die „Grundbesoldung“ im Land Berlin in den Jahren 2009 bis 2015 und die Besoldung ab dem dritten Kind in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2013 bis 2015 in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen waren. Die Entscheidungen beziehen sich auf die Besoldungsvorschriften auf Landesebene und haben auch Auswirkungen auf den Bund.

## ➤ Aktueller Stand

Zwischenzeitlich haben alle Länder diese Rechtsprechung umgesetzt und entsprechende Gesetze verabschiedet. Diese sehen u. a. die Streichung der untersten Besoldungsgruppe und/oder Eingangsstufe, die Erhöhung der familienbezogenen Bestandteile bzw. die Einführung eines Familienergänzungszuschlags oder die Erhöhung der Sonderzahlung vor. Gere-

gelt wurde zudem, dass diejenigen Beamtinnen und Beamten eine Nachzahlung erhalten, die ihre Ansprüche jeweils im laufenden Haushaltsjahr geltend gemacht haben bzw. in den Fällen, in denen der Dienstherr auf eine wiederholte jährliche Antragstellung bzw. Wi-



derspruchserhebung im jeweiligen Haushaltsjahr verzichtet hatte.

Das BMI hatte im Januar 2023 einen Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung einer amtsangemessenen Bundesbesoldung und -versorgung sowie zur Änderung weiterer Vor-

schriften (Bundesbesoldungs- und -versorgungsangemessenheitsgesetz – BBVAngG) erarbeitet, der jedoch noch nicht die Zustimmung des Bundeskabinetts gefunden hat und wegen der im Sommer verabschiedeten Änderungen im Bereich des Bürgergeldes überarbeitet wird.

## ➤ Rechtslage Bund – Widerspruch

Für den Bund gilt das Rundschreiben des BMI vom 14. Juni 2021 (D3-30200/94#21 und 178#6) fort. Dieses enthielt die Empfehlung, dass ab dem Jahr 2021 Widersprüche gegen die Höhe der Besoldung zur Sicherstellung einer amtsangemessenen Alimentation – sowohl was die Grundbesoldung, aber auch die Besoldung von kinderreichen Beamtenfamilien betrifft – nicht mehr erforderlich sind.

# Umbauprozess der Bundeswehr geht weiter – Verlängerung des TVUmBw unumgänglich

Der Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius, hat bei der Bundeswehrtagung ein wesentliches Ziel verkündet: Die Bundeswehr muss für die Landes- und Bündnisverteidigung „fit“ gemacht werden. In diesem Zusammenhang wurde von ihm auch der Begriff „kriegstüchtig“ verwendet.

Mit dieser Zielvorgabe hat BM Pistorius gleichzeitig wesentliche Veränderungen im BMVg bekannt gegeben. Dazu gehört auch, dass Dienstposten im BMVg abgebaut werden. Ebenfalls wurde verkündet, dass die Strukturen im nachgeordneten Bereich unter die Lupe genommen werden. Damit steht eine weitere Reorganisation der Bundeswehr fest.

Die Bundeswehr unterliegt schon seit vielen Jahren einem Umbauprozess. In 2001 hatten sich daher die Tarifvertragsparteien darauf geeinigt, den Tarifvertrag über

sozialverträgliche Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr (TVUmBw) abzuschließen. In einer Zeit des Personalabbaus diente der TVUmBw vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Wegfall des Arbeitsplatzes zum Schutz vor Kündigung und finanziellen Einbußen. Auch konnten viele Beschäftigte, bei Vorliegen der Voraussetzungen, die sogenannte Härtefallregelung gemäß § 11 TVUmBw in Anspruch nehmen, d. h. das Arbeitsverhältnis ruhte bis zum Eintritt in die Rente.

Der TVUmBw wurde inzwischen mehrfach verlängert und angepasst. Die letztmalige Verlängerung ist in 2017 mit dem 4. Änderungstarifvertrag erfolgt und läuft am 31. Dezember 2023 aus.

Aufgrund der aktuellen Entscheidung zur Reorganisation sehen wir es als dringend erforderlich an, den TVUmBw fortzuführen. Auch wenn der Prozess des Personalabbaus längst als abgeschlossen gilt, so sind Reorganisationen regelmäßig mit Optimierungen verbunden und können zum Wegfall von Dienstposten führen. Das Fortbestehen einer Entgeltsicherung und Qualifizierung des TVUmBw

für die Tarifbeschäftigten ist daher gerade jetzt von größter Bedeutung. Wir fordern das BMVg auf, sich gegenüber dem BMI nachdrücklich für eine Verlängerung des TVUmBw einzusetzen und die Verhandlungen mit den Tarifvertragsparteien unverzüglich aufzunehmen.



# Gesetz zur Anpassung der Bundesbesoldung und -versorgung für die Jahre 2023 und 2024 (BBVAnpÄndG 2023/2024)

Am 16. November 2023 hat der Bundestag das BBVAnpÄndG 2023/2024 verabschiedet. Die wesentlichen besoldungsrechtlichen Regelungen hatten wir bereits im Juni anlässlich der Behandlung im Kabinett veröffentlicht. Wir wiederholen sie an dieser Stelle.

## 1. Einmalige Sonderzahlung Monat Juni

- › Beamtinnen und Beamte erhalten rückwirkend für den Monat Juni eine einmalige steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung zum Inflationsausgleich in der Höhe von 1.240 Euro.
- › Anwärterinnen und Anwärter erhalten äquivalent eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 620 Euro.
- › Diese Zahlung wird nur dann gewährt, wenn das Dienst- oder das Beamtenverhältnis (auf Widerruf) am 1. Mai 2023 bestanden und mindestens an einem Tag im Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis 31. Mai 2023 ein Anspruch auf Dienst- oder Anwärterbezüge bestanden hat.
- › Bei Teilzeitbeschäftigung erfolgt eine Kürzung, dabei sind

die am 1. Mai 2023 bestehenden Verhältnisse maßgeblich.

- › Versorgungsempfänger erhalten diese Zahlung in Abhängigkeit von ihren maßgeblichen Ruhegehalts- und Anteilssätzen.

## 2. Monatliche Sonderzahlungen von Juli 2023 bis Februar 2024

- › Beamtinnen und Beamte erhalten in diesen Monaten jeweils eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung in Höhe von jeweils 220 Euro.
- › Anwärterinnen und Anwärter erhalten äquivalente Sonderzahlungen in Höhe von jeweils 110 Euro.
- › Die Zahlungen werden nur gewährt, wenn das Dienst- oder Beamtenverhältnis auf Widerruf in dem jeweiligen Monat besteht und mindestens an ei-

nem Tag in dem jeweiligen Monat ein Anspruch auf Dienst- oder Anwärterbezüge besteht.

- › Bei Teilzeitbeschäftigung ist das am ersten Tag des jeweiligen Monats bestehende Verhältnis maßgeblich.
- › Versorgungsempfänger erhalten die jeweiligen Beträge in Abhängigkeit von ihren maßgeblichen Ruhegehalts- und Anteilssätzen.

## 3. Lineare Anpassungen ab März 2024

- › Das Grundgehalt wird zunächst um 200 Euro und dann um 5,3 Prozent erhöht (Verminderung der Anpassung gegenüber dem Tarifergebnis aufgrund der Versorgungsrücklage).
- › Der Familienzuschlag – mit Ausnahme der Erhöhungsbeiträge – für die Besoldungs-

gruppen A 3 bis A 5 sowie die Amtszulagen erhöhen sich um jeweils 11,3 Prozent.

- › Der Anwärtergrundbetrag wird um den Differenzbetrag zwischen den ab dem 1. April 2022 geltenden Monatsbeträgen und 52 Prozent der ab 1. März 2024 erhöhten Grundgehaltssätze des jeweils niedrigsten Eingangsamtes der entsprechenden Laufbahngruppe geltenden Beträge angepasst.

Zusätzlich ist im Gesetz die vom VBB geforderte Ruhegehaltspflicht der Feuerwehrzulage geregelt, bislang leider ohne eine Rückwirkung für bereits pensionierte Feuerwehrleute. Des Weiteren wurde die Ruhegehaltspflicht der Nachrichtendienstzulage aufgenommen, dies kommt unseren Kolleginnen und Kollegen im MAD zugute. Beide Regelungen sind Ausdruck der Wertschätzung der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen und beide sind das Ergebnis erfolgreicher Verbandsarbeit. ■





# BMI: Anzeige von Nebentätigkeiten – Absehen vom Schriftformerfordernis

Die Tarifnorm des § 3 Abs. 3 Satz 1 TVöD sieht vor, dass Beschäftigte ihrem Arbeitgeber Nebentätigkeiten gegen Entgelt rechtzeitig vorher schriftlich anzuzeigen haben.

Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und um praxiserichte Verfahren wie zum Beispiel den Einsatz von Work-

flows zu ermöglichen, werden nun neben der im Tarifvertrag vorgesehenen Schriftform auch Textform nach § 126b

Satz 1 BGB für die Anzeige von entgeltlichen Nebentätigkeiten im Sinne von § 3 Abs. 3 Satz 1 TVöD ausreichen.

Zur Wahrung der einfachen Textform nach § 126b Satz 1 BGB muss mindestens eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt ist, auf einem dauerhaften Datenträger in wahrnehmbarer Form abgegeben werden und der Arbeitgeber muss den gewählten Kommunikationsweg für den Empfang rechtsverbindlicher Erklärungen eröffnet haben (zum Beispiel durch Einrichtung eines Workflows).

© vege/pixabay.com

## > Arbeitnehmer:innen im VBB

# Aktuelles aus der AG Zukunft Tarifbeschäftigte

Die auf Betreiben des VBB und durch Staatssekretär *Hilmer* eingerichtete Arbeitsgruppe tagte am 18. und 19. Oktober 2023 zu ihrer zweiten ordentlichen Sitzung in Berlin. Gemäß der Tagesordnung galt es, die von den Organisationsbereichen eingebrachten Vorschläge, die Verbesserungen für die Tarifbeschäftigten vorsehen, zu sichten und daraus erste Maßnahmen zu generieren.

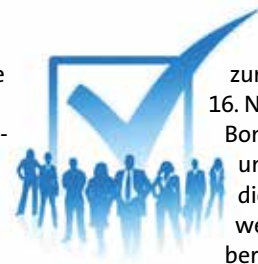
Eines der Ziele der AG ist die Schaffung von tarifvertragsgerechteren und organisatorischen Rahmenbedingungen. Hierzu wurde durch einen Impulsvortrag durch BMVg OR 3 zu den organisatorischen

Grundlagen der Dienstpostenplanung vorgetragen.

Insgesamt stellen wir fest, dass es bundeswehrweit oftmals zu Problemen kommt, wenn bei einer DP-Besetzung durch einen

Tarifbeschäftigten die tarifliche Eingruppierung nicht organisatorisch hinterlegt ist. Die Erstellung von Tätigkeitsdarstellungen (TD) für Dienst-

posten bedeutet oftmals eine große Hürde für die Organisation. Genau hier wollen wir als VBB anpacken und uns für bessere Arbeitshilfen zum Beispiel durch Datenbanken mit Muster-TDs einsetzen.



Die nächste Sitzung fand am 15. und 16. November 2023 in Bonn statt. Wir werden uns weiterhin aktiv in die AG einbringen und werden hierzu weiter berichten.

© Gerd Altmann/Pixabay.com

## > VBB-Jugend

# VBB-Bundesjugendseminar 2023

Vom 12. bis 14. Oktober 2023 fand wieder das alljährliche VBB-Bundesjugendseminar statt, diesmal in der Rheinmetropole Köln.



© VBB (6)

Wir fanden uns im Seminarraum des Hostels ein, wo die Teilnehmenden sich selbst und ihre Dienststelle kurz vorstellten. Bereits in der Vorstellungsrunde entwickelte sich ein interessanter Austausch. Wir stiegen dann auch schon in die inhaltliche Diskussionsrunde zu den Themen Tarif- und Verhandlungsergebnisse des ö.D., Preisentwicklung und Lebenshaltungskosten ein. Ich habe unsere Jugend gefragt, wie sie die Preisentwicklung und Inflation der letzten fünf Jahre empfunden hat, und es konnte Folgendes festgestellt werden:

Die jungen Beschäftigten, die ihre Ausbildung oder ihr Studium bereits abgeschlossen haben, empfinden ihr Nettoeinkommen als ausreichend, um die notwendigen Lebenshaltungskosten zu decken und nicht am Existenzminimum leben zu müssen. Infolge der Inflation und Preisentwicklung sind diese Personen aber dazu angehalten, stark auf ihre Ausgaben zu achten und mitunter sehr sparsam zu leben. Für viele sind beispielsweise ein Eigenheim, die Gründung einer Familie oder andere kostentensivere Lebensträume und -ziele finanziell nicht realistisch

umsetzbar. Natürlich gilt dieses Meinungsbild nicht in gleicher Stärke pauschal für alle Tarif- oder Besoldungsgruppen. Gerade im mittleren Dienst und in vergleichbaren Tarifgruppen der Arbeitnehmenden bleibt am Ende des Monats nichts mehr übrig. Dies ist schwer zu verstehen, wenn man eine hervorragende Ausbildung oder ein hervorragendes Studium bei der Bundeswehr genossen hat und es immer heißt, dass der öffentliche Dienst einen so hohen Bedarf an Nachwuchspersonal hat.



Viel problematischer ist aber die Vergütung bei Auszubildenden. Eine Auszubildende an der UniBw Hamburg, die eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte absolviert, hat berichtet, dass sie für das Absolvieren ihrer Ausbildung draufzahlen muss. Ihre monatliche Ausbildungsvergütung ist nicht ausreichend, um ihre monatlichen Lebenshaltungskosten in Hamburg zu decken. Besonders in Ballungsräumen wie Hamburg, Köln, dem Rheinland, München oder Berlin sind die Lebenshaltungskosten extrem hoch. Dies wird bisher nicht ausreichend in den Ausbildungsvergütungen berücksichtigt.

Ausbildungsvergütungen und Beamtenanwärter/innen-Besoldungen des mittleren Dienstes müssten daher an die regionalen Unterschiede im Bundesgebiet angepasst wer-

den. Diese Personengruppen trifft es derzeit bei den jungen Menschen am härtesten.

Der Nettoverdienst ist also gerade bei unserer VBB-Jugend ein wichtiges Thema und entscheidet regelmäßig über die Wahl, ob man eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst eingeht. Gerade die hohe Wochenarbeitszeit von 41 Std. bei Beamten/innen im ö. D. oder die an manchen Dienststellen immer noch existierenden Hindernisse und Hürden, im Homeoffice arbeiten zu können, machen den öffentlichen

Dienst definitiv nicht attraktiver. Dies liegt nicht daran, dass die Jugend faul und arbeitsunwillig ist, sondern daran, dass das Bewusstsein, heutzutage einen wertschätzenden Beruf mit modernen und zeitgemäßen Arbeitsbedingungen und einem angemessenen Verdienst ausführen zu wollen, stärker geworden ist. Für viele junge Menschen haben die eigene Freizeit und die eigene Lebensgestaltung einen höheren Stellenwert eingenommen als das Arbeiten in einer Leistungsgesellschaft, der es an Wertschätzung und einem angemessenen Verdienst fehlt.

Diese Diskussionsrunde hatte einen sehr hohen Mehrwert für alle Beteiligten. Um den sehr austauschreichen ersten Seminartag gemeinschaftlich ausklingen zu lassen, gingen wir am Abend in die kölsche Traditionsgaststätte Reissdorf

am Hahnentor, wo wir die rheinländische Küche genießen konnten. Als Abschluss des ersten Abends besuchten wir noch die angesagte Roof-top-Bar Monkeys, von der aus man einen atemberaubenden Blick auf den Kölner Dom hatte.

Der zweite Seminartag ging produktiv und inhaltlich weiter. Frau Nanoo, Referentin des BAPersBw, besuchte dankenswerterweise die VBB-Jugend und stellte uns die Personalwerbungs- und -gewinnungsstrategie des BAPersBw vor. Vielen Dank an Frau Nanoo für die Möglichkeit, so viele Fragen stellen und Ideen einbringen zu können. Das war ein sehr wertvoller und interessanter Austausch und hat uns sehr viel Spaß gemacht.

Es wurde deutlich, dass die Personalgewinnung des BAPersBw den Wandel der Zeit und den Gedanken einer attraktiven Personalwerbung verstanden hat und sehr zielorientiert durchgeführt wird. Vor allem das neue Design der Personalwerbung für das zivile Bundeswehrpersonal ist bei den jungen Menschen extrem positiv angekommen und stellt in unseren Augen einen wichtigen Schritt dar. Das BAPersBw ist unverzichtbar für eine zu kunftsfähige Bundeswehr und ihre Nachwuchsgewinnung! Genau deswegen wäre eine Verlegung von Aufgaben des



BAPersBw in das BMVg kritisch zu sehen. Dadurch würde man die frisch angestoßenen wichtigen Schritte unterbrechen und eine eingespielte Organisationsstruktur in ihrer sehr guten Arbeitsfähigkeit erschüttern.

Am zweiten Seminartag verbrachten wir die Mittagspause in einer Pizzeria, von der aus wir gemeinsam zum ELDe-Haus (GeStaPo-Zentrale zu Zeiten des Nationalsozialismus) zu Fuß durch die Stadt Köln gingen. Am ELDe-Haus angekommen, erhielten wir eine Führung durch zwei Historiker/innen, die alle Teilnehmenden sehr zum Nachdenken anregte.

Zu Zeiten des Nationalsozialismus war es sehr einfach, einen Nachbarn oder eine Nachbarin, den oder die man nicht mochte, aus dem eigenen Leben zu



entfernen. Dazu musste lediglich die GeStaPo darüber informiert werden, dass der Nachbar oder die Nachbarin staatsfeindliche Pläne hat. Es hat in vielen Fällen gereicht, diese Falschschuldigungen glaubhaft zu vermitteln und mit Scheinbeweisen zu untermauern. Kurze Zeit später wurde die fälschlicherweise beschuldigte Person ggf. mit Familienangehörigen von der GeStaPo persönlich oftmals unter Gewaltanwendung abgeholt und in einer GeStaPo-Zentrale wie die in Köln in „Untersuchungs-“haft gesteckt. In der GeStaPo-Zentrale wurden die Menschen zunächst mit ca. 25-35 anderen Menschen in einen engen Zellenraum von maximal 15 Quadratmetern eingesperrt. Bei dieser Menschenanzahl in einem Zellenraum dieser Größe war kaum Platz zum Sitzen oder Liegen vorhanden. Ihre Notdurft mussten die Menschen in einem Kochtopf in einer Ecke der Zelle verrichten. Als Nahrung gab es Wasser und Brot. Kranke Menschen durften die Zelle nicht verlassen, sodass sich Krankheiten innerhalb dieser Zelle ungehindert ausbreiten konnten. Sie wurden regelmäßig aus der Zelle geholt und unter extremer Gewaltanwendung gefoltert und „verhört“. Oftmals gestanden Menschen eine Tat oder eine Anschuldigung, die sie nie verübt haben, nur um der körperlichen und psychischen Gewalteinwirkung und Folter ein Ende zu setzen. Nach dem Urteil folgte entweder die Deportation in ein Arbeits- oder Konzentrationslager oder der Tod durch Erschießung im Innenhof der GeStaPo-Zentrale. So tötete das NS-Regime zu Zeiten des Nationalsozialismus unschuldige Menschen, die einer Tat beschuldigt wurden, die sie nie begangen haben, oder die einer Menschengruppe angehörte, die aus menschenfeindlichen, rassenideologischen oder diskriminierenden Gründen verfolgt oder als Staatsfeinde angesehen wurden.



Alle Teilnehmenden wussten aus ihrer eigenen Schulbildung, wie schlimm und grausam der Nationalsozialismus war und welche Gräueltaten passiert sind. Der Besuch des ELDe-Hauses hat dieses Wissen darüber aber noch mal sehr eindringlich in Erinnerung gerufen und alle Teilnehmenden sensibilisiert. Rechtsorientierte politische Entwicklungen in unserer Gesellschaft müssen bereits im Keim durch Aufklärung, Wissensvermittlung und Erinnerung an das Geschehene erstickt werden. Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit dürfen niemals geduldet werden.

Zu Beginn des dritten und letzten Seminartages hielt Michael Meister einen sehr spannenden und anschaulichen Vortrag zum Personalvertretungsrecht, zur Arbeit von Personalräten sowie zum Beteiligungsrecht und stellte heraus, wie wichtig die Personalvertretung für die Interessen und Rechte der Beschäftigten ist. Leider ist die Bereitschaft von Nachwuchs-personalvertretenden seit der Coronapandemie merklich zurückgegangen. Wir freuen uns ganz besonders darauf, wenn sich junge Menschen nun wie-

der für die Personalvertretung begeistern können und ihre Bereitschaft dazu bekunden. Die Ideen und Gedanken der jungen Beschäftigten sind sehr wichtig, da sie am besten bewerten können, was einen attraktiven Dienstherrn aus der Sicht eines jungen Menschen ausmacht und was man dafür bewegen muss. Ich kann jeden jungen Menschen nur dazu ermutigen, sich zu engagieren, es lohnt sich für alle Beschäftigten. Wir danken Michael Meister für diesen tollen und super aufbereiteten Vortrag.

Den ersten Vortrag rundete Jan Müller, unser engagierter Vorsitzender der Haupt- Jugend- und Auszubildendenvertretung beim Bundesministerium der

Verteidigung, ab. An dieser Stelle möchte ich Jan für sein herausragendes Engagement und seine Bereitschaft zu den vielen Dienstreisen und die vielen außerdienstlichen Arbeitsstunden für unser junges ziviles Personal in der Bundeswehr ganz herzlich und ausdrücklich danken. Jan trug zu ausgewählten Themen der Jugendvertretung vor und skizzierte die Arbeit eines Mitglieds der Haupt- Jugend- und Auszubildendenvertretung. Auch sein Vortrag kam sehr gut an und es meldeten sich direkt weitere Interessierte für die JAV-Listen.

Die abschließende Feedbackrunde über das Jugendseminar war wieder, wie in den Jahren zuvor, durchweg positiv. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, sich in lockerer und respektvoller Atmosphäre über personalpolitische, dienstliche, gewerkschaftspolitische und private Themen auszutauschen und sich zu vernetzen. Die ein oder andere lustige Situation war auch dabei. Insgesamt wieder eine sehr schöne und wertvolle Veranstaltung.

Der Ort des nächsten VBB-Jugendseminars wurde in der Bundesvorstandssitzung im November beschlossen. Es geht nach Hamburg! Ich freue mich jetzt schon auf das nächste Seminar mit Euch, der VBB-Jugend, als stets interessierte und wertvolle Teilnehmenden.

Bis nächstes Jahr! ■



## > Bundesschwerbehindertenvertretung

### Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,

in den vergangenen Jahren gab es von mir immer einen Rückblick wie auch dieses Mal zum zu Ende gehenden Jahr 2023. Und ich stelle fest, es ist noch nicht vorbei. Vorbei was? Vielfältige Belastungen und Herausforderungen unserer Gesellschaften durch erzeugte Unsicherheiten, wo ich dachte, sie gehörten längst zur Vergangenheit. Aber es ist wie immer. Ein Virus jedweder Art wandelt sich und taucht im neuen Tarnkleid auf. Die Komplexität der Ereignisse nimmt weiter zu. Gesellschaften im Wandel und die Frage stellt sich: In welchem Umfang können sich heutige und zukünftige Gesellschaften darauf einstellen und ihr Handeln anpassen? Es wird immer Minderheiten geben, die eine andere Meinung haben.

In einer Zeit wie der unsrigen leben zu dürfen, ist trotz aller zu verurteilenden Ereignisse immer noch ein großes Geschenk, welches ich nicht zurückgeben möchte.



© Pixabay.com

Die Weihnachtszeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur eine kommerziell bestimmte Zeit. Sie hat auch sehr starke religiöse Wertprägungen.

Es ist wichtig, hierfür auch Zeit zu haben und sich dessen miteinander bewusst zu sein.

Wir haben alle noch viele Lebensziele und diese sollen auch soweit möglich erreichbar bleiben. Manchmal müssen auch diese Ziele angepasst werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ruhige, besinnliche Weihnachtstage und ein gesundes und neues Jahr 2024.

Ich verbleibe mit herzlichen Grüßen

Gerhard Bernhardt,  
Bundesschwerbehindertenvertreter

## > Seminare

# Kommunikationsseminar in Köln

Vom 27. bis 29. November 2023 fand für dieses Jahr das letzte Seminar mit dem Thema „Zielführende Kommunikation in digitalen Zeiten“ im Leonardo Royal Hotel Köln am Stadtwald statt.

Der Dozent, Herr Robert Hein, Kommunikationstrainer, Coach und Politikberater, hat es besonders verstanden, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch das Seminar zu führen. Bereits die Vorstellungsrunde war anders, als man das gewohnt ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatte einige Minuten Zeit, sich immer paarweise kennenzulernen und mussten sich dann gegenseitig vorstellen. Die gesamte Vorstellung sollte in Form einer Laudatio erfolgen. Bereits hierbei wurden Techniken der Kommunikation angesprochen und Tipps für später gegeben.

Während des gesamten Seminars wurden immer wieder praktische Übungen durchgeführt. Dies war sehr interessant, lehrreich und sehr auflockernd, weil direkt alles analysiert wurde und anschlie-

ßend Verfahren vorgestellt wurden, wie man es besser machen kann. Schwerpunktthemen waren unter anderem die Rhetorik für die Praxis sowie das Konfliktmanagement in der Praxis. Eine verteilte „Kriterientabelle Rhetorik“ hat den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr geholfen, sich selbst und andere in Gesprä-

chen oder Vorträgen zu analysieren und einzuschätzen.

Natürlich wurde auch darauf eingegangen, ob uns die KI zukünftig unterstützen kann. Man muss jedoch zugeben, dass die KI bei einem Gespräch von Mensch zu Mensch wenig helfen kann, zumal bei solchen Gesprächen auch Emotionen

sowie Zu- oder Abneigungen immer eine Rolle spielen werden.

Da alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch aktiv im Dienst sind, waren sich alle einig, dass man vieles, was man bei diesem Seminar gelernt hat, für den täglichen Dienst gebrauchen kann.

Es war wieder ein rundherum gelungenes Seminar, das auf jeden Fall nochmals angeboten werden sollte. ■



© VBB/Witthüser

## > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden

**Bereichsvorstandssitzung mit den Standortgruppenvorsitzenden des VBB-Bereichs Nds/Bre vom 23. bis 25. November 2023 in Visselhövede**

Am letzten November-Wochenende fand die diesjährige Bereichsvorstandssitzung des VBB-Bereichs Niedersachsen/Bremen mit den Standortvorsitzenden statt.

Der Bereichsvorsitzende Kollege *Nowotny* konnte hierzu die

Mitglieder des Bereichsvorstandes und zahlreiche Standortgruppenvorsitzende begrüßen.

Neben den beamtenrechtlichen Themen standen die Vorbereitungen für die Bereichsversammlung vom 7. bis



### > Bereich Niedersachsen/Bremen

**Vorsitzender: Karl Nowotny**  
**Gustav-Meyer-Straße 101**  
**29633 Munster**  
**Telefon: (05192) 12-5004**

9. April 2024 in Soltau im Mittelpunkt der Tagung. Hierzu wurden den Standortgruppenvorsitzenden, den Arbeitskreisleitern und den Mitgliedern des Präsidiums weitreichende Informationen bekannt gegeben.

Auch die Vorbereitungen für die im Mai 2024 stattfindenden Personalratswahlen waren ein Schwerpunkt der Veranstaltung. Hierzu gaben der Bereichsvorsitzende und die Beisitzerin im Bundesvorstand, *Anita Windßus*, ausführliche Informationen zu den aufgestellten Kandidatenlisten der bereichsübergreifenden Personalräte (HPR, BPRs und GPRs).

Der Bereich Niedersachsen/Bremen ist bei den Personalratswahlen 2024 mit seinen Kandidaten auf den Listen sehr gut vertreten.

Selbstverständlich wurde auch ausgiebig von der Herbstsitzung des Bundesvorstandes berichtet. Neben den Berichten und Vorträgen wurden ebenfalls für den Bereich Niedersachsen/Bremen erforderliche Beschlüsse gefasst.

Nach den Aussprachen zwischen dem Bereichsvorstand und den Standortgruppenvorsitzenden endete die Veranstaltung am Samstag gegen 12 Uhr.

### 1. Arbeitstagung der Pensionärsvertretung im Bereich II

Im VBB-Bereich II fand am 5. und 6. November 2023 erstmalig eine Arbeitstagung der Besitzerinnen/Besitzer der Ruhestandsbeamtinnen/-beamten der Standortgruppen statt.

Hierzu konnte der Bereichsvorsitzende den Bundesseniorvertreter *Peter Balmes* als Referenten gewinnen.

Kollege *Balmes* hat in seinem fast zweieinhalbstündigen



Vortrag viele aktuelle Informationen für die Kolleginnen und Kollegen mitgebracht. Am Ende seines Vortrages wurde noch ausgiebig über das Vortragene diskutiert.

Leider musste am nächsten Tag der Vortrag von „Compass – private Pflegeberatung GmbH“ krankheitsbedingt ausfallen. Diese Zeit nutzte der Bereichsvorsitzende, um ein-

gehende aktuelle Informationen zur 2024 stattfindenden Bereichsversammlung, den Personalratswahlen, aber auch aus dem HPR und dem BPR beim BAIUDBw den Kolleginnen und Kollegen bekannt zu geben.

Alle waren sich am Ende der Veranstaltung einig, dass so eine Arbeitstagung wiederholt werden sollte.

Wie hoch ist der Mindestbehalt, wenn ich Pflegeleistungen in Anspruch nehme, und gibt es eine UKV im Ruhestand und kann die Vorsorgevollmacht die Patientenverfügung aushebeln und wann wird ein Kindererziehungszuschlag gezahlt?



Fragen über Fragen, die in dem Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ von Kollegin Bianca

Kohlthoff, Sozialberaterin am Standort Lüneburg, kompetent und umfassend beantwortet

## ► Standortgruppe Hannover

### Jahreshauptversammlung

Am 16. November 2023 fand die Jahreshauptversammlung der Standortgruppe Hannover – erstmalig unter der Leitung der neuen Vorsitzenden Kollegin Anja Landig – im Wirtschaftsgebäude der Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne in Hannover statt.

Leider mussten die Bundesvorsitzende Frau Imke v. Bornstaedt-Küpper und der Bereichsvorsitzende Karl Nowotny ihre Teilnahme absagen. Beide ließen jedoch Grüße an die Mitglieder übermitteln. Kollegin Landig konnte unter den Teilnehmenden die Ehrenvorsitzende der Standortgruppe,

Hildegard Seebo, und von den Dienststellenleitungen die Kollegin Margarete Hauck (BAIUD – Kompetenzzentrum Travelmanagement Hannover) und den Kollegen Ralf Wiemann (Bundeswehr-Dienstleistungszentrum Hannover) begrüßen.

Nach Informationen über aktuelle Themen, die der VBB derzeit bearbeitet, unter anderen die sich abzeichnende Regionalisierung und eine Dezentralisierung der Personalgewinnung im zivilen Bereich, durfte natürlich der Hinweis auf die bevorstehenden Personalratswahlen 2024 nicht fehlen, mit der Aufforderung, sich entspre-



wurden. 14 Kolleginnen und Kollegen nahmen an dem zweiten Seminar zur Vorbereitung auf den Ruhestand teil, das von der stellvertretenden Bereichsvorsitzenden Kollegin Anita Windßus geleitet wurde.

Am 2. und 3. November 2023 konnten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die absehbar in den Ruhestand eintreten werden, wichtige Fragen beispielsweise zur Zahlung der Versorgungsbezüge, Anrechnungen beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen und Renten, Fallstricke bei Betreuungsvollmachten sowie Details zum sog. „Berliner Testament“ mit auf den Weg in den Ruhestand gegeben werden.

Die Bedeutung des Sozialdienstes im Rahmen der Betreuung gerade auch von ehemaligen Kolleginnen und Kollegen wurde besonders klar, als Frau Kohlthoff die Unterstützungsleistungen von Hinterbliebenen darstellte, die den Teilnehmenden bislang in ihrem aktiven Dienstalltag in diesem großen Ausmaß nicht bekannt waren.

Im Bereich Niedersachsen/Bremen wird das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ aufgrund der großen Zahl von Kolleginnen und Kollegen, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten werden, zu einem festen Bestandteil des Seminarangebotes werden. ■



chend einzubringen und den Gang zur Wahlurne nicht zu versäumen.

Als Nächstes erhielten die übrigen anwesenden Vorstandsmitglieder die Möglichkeit, sich einmal persönlich vorzustellen und etwas über ihre Tätigkeit und Aufgaben im Vorstand preiszugeben. Davon wurde dann auch reichlich Gebrauch gemacht.

Der Tagesordnung und der Verbandsatzung folgend, kam es dann zum Bericht der Kassenswartin Kollegin Katja Radtke, die mittlerweile seit immerhin über 13 Jahren dafür Sorge trägt, dass das Finanzwesen in der Standortgruppe in geregelten Bahnen verläuft. Dieses wurde auch vom Kassensprüfer, dem Kollegen Michael Hoff-

mann, für das abgelaufene Jahr bestätigt, der eine ordnungsgemäße Buchführung bescheinigen und den Teilnehmenden der Versammlung die Entlastung des Vorstandes vorschlagen konnte. Diesem Vorschlag wurde auch gefolgt und die Entlastung ohne Gegenstimmen erteilt.

Im Anschluss daran gab Kollegin Landig einen Rückblick auf die Aktivitäten in der Standortgruppe, wie die Vorträge über Ernährung und Schlaf. Für das kommende Jahr wurden weitere Veranstaltungen und Events angekündigt. So wird im ersten Quartal des kommenden Jahres zu einem Pensionärsfrühstück im Hotel Fora eingeladen und für alle Mitglieder eine Bowlingveranstaltung eingeplant. Des



Weiteren kam aus dem Plenum der Vorschlag, eine gemeinsame Wanderung im Deister durchzuführen. Dies wurde aufgegriffen und es wird eine zu bewältigende Tour vorgesehen. Es wird dabei sichergestellt, dass Seile und Pickel nicht erforderlich werden.

Als zusätzlicher Punkt zur Tagesordnung wurde noch die bevorstehende Bereichsversammlung des VBB angesprochen. Diese findet vom 6. bis 9. April 2024 in Soltau statt. Die Standortgruppe Hannover kann elf Delegierte entsenden

und es wurde um Interessenbekundung gebeten.

Zum Abschluss des offiziellen Teils kam es dann zu den Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft im VBB.

Kollege Klaus-Dieter *Krause* konnte die besondere Ehrung für 60 Jahre Zugehörigkeit mit Verleihung des Verbandsehrenzeichens entgegennehmen. Zusätzlich wurde ihm noch ein kleines Präsent im Namen der Standortgruppe überreicht.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft erhielt Kollege Michael Hoff-

mann, der – wie schon erwähnt – als Kassenprüfer der Standortgruppe tätig ist, das Ehrenzeichen des VBB.

Die Kollegin Wibke *Müller* sowie die Kollegen Andreas *Hoppe* und Armin *Teicher* konnten für 25 Jahre Mitgliedschaft im VBB mit der Ehrennadel in Gold des VBB ausgezeichnet werden.

15 Jahre Mitgliedschaft konnte Kollege Frank *Huchler* vorweisen und erhielt dafür die Ehrennadel in Silber des VBB.

Nach den Ehrungen und den Abschlussworten der Vorstandsvorsitzenden ging es

dann über zum informellen Teil der Veranstaltung mit einem zur Jahreszeit passenden Grünkohlessen.

Traditionell soll einem Grünkohlessen in Gesellschaft eine „Kohlfahrt“ (Kohltour oder Grünkohlwanderung) vorausgehen, aber auch eine VBB-Versammlung scheint geeignet zu sein, diesem kulinarischen Erlebnis vorgeschaltet zu werden.

So fand die Jahreshauptversammlung der Standortgruppe Hannover bei Grünkohl und anregenden Gesprächen ihr harmonisches Ende. ■



© VBB (2)

## > Bereich Nordrhein-Westfalen

**Vorsitzender:** Michael Meister  
Gesamtpersonalrat beim Karrierecenter  
der Bundeswehr Düsseldorf  
Ludwig-Beck-Straße 23  
40470 Düsseldorf

**Telefon mobil:** (0160) 1471077  
**Telefon privat:** (0211) 6193350

## > Standortgruppe Köln

### Weihnachtsmarkt

Auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt in der Lüttich-Kaserne in Köln herrschte eine

festliche Atmosphäre, die von der Standortgruppe des Verbandes der Beamten und



Beschäftigten der Bundeswehr e.V. geprägt wurde. Am 29. November 2023 boten der Bereichsvorsitzende Michael *Meister* und der Standortgruppenvorsitzende Christopher *Würz* den Besuchern nicht nur weihnachtliche Stimmung, sondern auch einen Einblick in die bedeutende Verbandsarbeit.

Mit tatkräftiger Unterstützung engagierter Verbandsmitglieder verteilten Herr *Meister* und Herr *Würz* zahlreiche kleine Gesten der Wertschätzung. Dabei stand nicht nur die Anerkennung für bereits aktive Mitglieder im Vordergrund, sondern auch die Motivation für potenzielle Neuzugänge. In Gesprächen auf dem Weihnachtsmarkt präsentierten sie die Vielfalt der Verbandsarbeit und erklärten, wie der Verband Beamte und Beschäftigte der Bundeswehr unterstützt und ihre Interessen vertritt.



© Christopher Würz (2)

Die besondere Betonung lag auf der gelebten Wertschätzung, die für alle Seiten zu einem erfreulichen Erlebnis wurde. Diese kleinen Gesten trugen nicht nur dazu bei, die Verbandsmitglieder zu würdigen, sondern schafften auch eine herzliche Atmosphäre, die potenzielle neue Mitglieder ansprach. Insgesamt zeigte der Stand des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. auf dem Weihnachtsmarkt in der Lüttich-Kaserne, dass Wertschätzung nicht nur wichtig, sondern auch eine Quelle der Freude für alle Beteiligten ist. ■



## ➤ Standortgruppe Köln

### Frauenpower beim Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.

Der Frauenstammtisch versammelte am 23. November 2023 Mitglieder im tollen Ambiente von Peters Brauhaus in der Kölner Altstadt. Die weihnachtliche Beleuchtung sorgte für eine stimmungsvolle Atmosphäre, in der nicht nur aktuelle Verbandsthemen, sondern auch viele witzige Anekdoten ausgetauscht wurden.

Die Veranstaltung bot nicht nur die Gelegenheit zum geselligen Beisammensein, sondern auch einen Einblick in die Arbeit des Verbandes. Der Standortgruppenvorsitzende Herr Würz präsentierte aktuelle Themen,

informierte über die Verbandsarbeit und wagte einen Ausblick auf das kommende Jahr.

Inmitten von Gesprächen und Gelächter entwickelte sich der Abend zu einer gelungenen Mischung aus Information und Unterhaltung. Der Frauenstammtisch des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. in Peters Brauhaus wird sicherlich als eine Veranstaltung in Erinnerung bleiben, die nicht nur den Zusammenhalt stärkte, sondern auch die Vielfalt und die wichtige Rolle der Frauen im Verband hervorhob. ■

## ➤ Standortgruppen Köln und Wahn

### Bunkerbesuch

Die Besichtigung des Atom-bunkers U-Bahn Kalk-Post am 9. November 2023 bot einen faszinierenden Einblick in die Bemühungen des Zivilschutzes während des Kalten Krieges. Diese öffentlichen Schutzbauten wurden entwickelt, um im Falle von Katastrophen oder kriegerischen Auseinandersetzungen Schutz für die Bevölkerung zu bieten.

Die Veranstaltung, organisiert von der Standortgruppe Köln in Zusammenarbeit mit der Standortgruppe Wahn des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V., ermöglichte nicht nur die Erkundung des Bunkers, sondern auch einen wichtigen Austausch über die Sicher-

heitsmaßnahmen jener Ära. Die Offenheit für Fragen schuf Raum für eine tiefere Verständigung über die Rolle dieser Schutzbauten in der Vergangenheit und ihre Bedeutung für die Zivilgesellschaft.

Solche Initiativen tragen dazu bei, das Bewusstsein für die historische Bedeutung von Schutzbauten zu schärfen, und verdeutlichen, dass der Schutz der Bevölkerung eine gemeinsame Verantwortung ist. Der Atom-bunker U-Bahn Kalk-Post dient somit nicht nur als historisches Relikt des Kalten Krieges, sondern auch als Mahnmal für die Notwendigkeit, Vorsorgemaßnahmen für den Zivilschutz aufrechtzuerhalten. ■



## > Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland

**Vorsitzender:** Rainer Schönhofen  
 Wehrtechnische Dienststelle für  
 landgebundene Fahrzeugsysteme,  
 Pionier- und Truppentechnik (WTD 41)  
 Kolonnenweg  
 54296 Trier-Grüneberg

**Bw-intern:** 90-47222253  
**Telefon:** (0651) 91292253  
**E-Mail:** rainerschoenhofen@bundeswehr.org

## > Standortgruppe Baumholder

### Mitgliederhauptversammlung 2023

Am 15. November 2023 trafen sich die Mitglieder der VBB-Standortgruppe Baumholder auf Einladung des Vorstandes zur Mitgliederversammlung im Wintergarten der AKIO (Artilleristenkameradschaft Idar-Oberstein). Der Vorsitzende Herr Helmut *Schneider* begrüßte die Teilnehmer und freute sich, dass endlich wieder eine Präsenzveranstaltung nach dreijähriger Coronapause stattfinden konnte.

Unserer StOGrp. geht es personell und finanziell recht gut.

Die aktuelle Mitgliederzahl beträgt 51 gegenüber dem Jahre 2004 mit 24.

Unser Ruhestandsbeamten Herrn RAR a. D. *Peter Becker* wurde für seine 50-jährige Treue zum VBB die Ehrenmedaille des Verbandes verliehen. Die Tagesordnungspunkte wurden ohne Probleme abgehandelt und die Entlastung von Vorstand und Kassenwart erteilt. Bei den Neuwahlen für den Vorstand der Standortgruppe wurden folgende Amtsinhaber gewählt:



> Verleihung der Ehrenmedaille: Vorsitzender Helmut Schneider (links) und Geehrter Peter Becker

- > Vorsitzender RHS Helmut Schneider und dessen Vertreter RAR *Patrick Lang*,
- > Kassenwart RAI *Olaf Peterknecht* sowie Kassenprüfer RAR'in Daniela *Spengler* und RAR a. D. *Dieter Bergs*,
- > Beisitzer Ruhestand RAR a. D. *Peter Becker*

Für die anstehende Bereichsversammlung IV im März 2024 in Koblenz wurden die Delegierten und Ersatzdelegierten gewählt sowie über Anträge diskutiert.

Als Vorschläge zur Gemeinschaftsveranstaltung für nächstes Jahr wurden der Besuch des Landtages Saarland und eine Brauereibesichtigung in Kirn genannt. Der Vorsitzende hatte noch Kalender 2024 in verschiedenen Varianten verteilt sowie kleine Werbeartikel, die von der Standortgruppe Baumholder beschafft wurden. Nach dem offiziellen Teil folgte in gemütlicher Runde das Abschlussessen mit Schnitzeln, Salaten und Artillerie-Burger, zu dem unsere Standortgruppe eingeladen hatte. ■

## > Standortgruppe Diez

### Besondere Ehrung für 60-jährige Mitgliedschaft

Anlässlich seiner 60-jährigen ununterbrochenen Mitgliedschaft im Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr im Oktober 1923 erhielt Kollege RAI a. D. *Götz Malina* das Ehrenzeichen des Verbandes am Bande.

Da Kollege Malina aus Altersgründen das Führen eines Kraftfahrzeuges aufgegeben hat wurde er durch den Vorsitzenden der Standortgruppe Diez, ROAR a. D. *Jürgen Kaiser*, und seinen Vertreter ROAR a. D. *Werner Grösch*en in seinem Heimatort Langgöns besucht. Nach der Verleihung des Ehrenzeichens und dem Überreichen der dazugehörigen Urkunde konnten die beiden Verbands-

vertreter bei von Frau Malina selbst gebackenem sehr leckeren Käsekuchen und einer guten Tasse Kaffee ein längeres, hochinteressantes und teilweise sehr amüsanter Gespräch mit der Familie Malina führen. Viele Anekdoten aus der aktiven Dienstzeit des Jubilars waren genauso wie seine frühere Leidenschaft, mit seiner Frau große Motorradtouren – unter anderem durch Neuseeland – durchzuführen, Gegenstand des angenehmen Aufenthaltes im Hause Malina.

Sowohl Kollege Kaiser als auch Kollege Gröschten stellten dabei fest, dass während der letzten beruflichen Verwendung von Kollege Malina beim da-



> ROAR a. D. *Jürgen Kaiser*, RAI a. D. *Götz Malina*, ROAR a. D. *Werner Grösch*en (von links)

maligen KWEA Wetzlar berufliche Verknüpfungspunkte untereinander bestanden.

Kollege Gröschten und Kollege Kaiser wünschten dem Jubilar weiterhin alles Gute, Gesundheit und versprachen ihm,

wenn es eine Ehrung für 70-jährige ununterbrochene Mitgliedschaft geben sollte und alle Beteiligten gesund blieben, auch diese Ehrung im Hause Malina bei Kaffee und Käsekuchen durchzuführen. ■

## ➤ Standortgruppe Koblenz

### Mitgliederhauptversammlung am 28. November 2023

Im Soldatenheim Horchheimer Höhe in Koblenz hieß die Vorsitzende der Standortgruppe, Frau Claudia Göbel, die anwesenden Mitglieder herzlich willkommen. Der von ihr vortragene Geschäftsbericht zeigte eine positive Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Kassenbericht, geprüft und für richtig befunden vom Kassenprüfer in Vertretung, Herrn Ralf Hoffmeyer, eine erfreuliche Entwicklung der Kassenbestände. Somit wurde der alte



➤ Vorsitzende Göbel gemeinsam mit den Geehrten Göhne- mann und Gürke (von links).

Vorstand von der Versammlung entlastet und ein neuer Vorstand gewählt. Ein besonderer Dank ging an die aus persönlichen Gründen ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Frau Susanne Feiden und Herrn Anton Wirges. Das Amt des Mitgliederverwalters war aufgrund der mittlerweile gut funktionierenden zentralen elektronischen Mitgliederverwaltung nicht mehr zu besetzen. Hier gilt besonderer Dank dem das Amt lange Jahre lang anvertrauten Kollegen Martin Laubenthal. Gewählt wurden:

1. Vorsitzende:  
Frau Claudia Göbel
2. stellv. Vorsitzender:  
Stefan Dusek
3. Geschäftsführer:  
Roland Brose
4. stellv. Geschäftsführer und Schriftführer: Olaf Drüppel
5. Kassenwart:  
Rainer Ackermann



© VBB (2)

6. stellv. Kassenwart:  
Christopher Neumann
7. Beisitzerin Tarifangelegenheiten: Beatrix Garnier-Merz
8. Beisitzer Ruhestandsbeamte: Dietrich Kappel
9. Beisitzerin Frauen:  
Christina Butz
10. Beisitzerin Jugend:  
Antonia Gigantiello
11. Kassenprüfer: Angela Göne- mann und André Penschke
12. stellv. Kassenprüfer: Rainer Köhl und Martin Laubenthal

Im Anschluss berichtete Frau Tanja Frerichs, neue Vorsitzen-

de des Bereiches IX (BAAINBw), von der zurückliegenden Bundesvorstandssitzung in Erfurt. Im weiteren Verlauf wurden die Delegierten für die in 2024 stattfindende Bereichsversammlung gewählt sowie Frau Susanne Gürke für ihre 25 Jahre andauernde Mitgliedschaft und Frau Angela Gönemann für ihre 15 Jahre andauernde Mitgliedschaft im Verband geehrt.

Für das Jahr 2024 will der Vorstand wieder möglichst viele Veranstaltungen anbieten, wie z. B. den traditionellen Dämmerchoppen oder auch einen Weihnachtsmarktbesuch sowie Vorträge in freundlicher Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst BWDLZ Koblenz. ■

## ➤ Standortgruppe Rhein-Main

### Jahreshauptversammlung

Die Standortgruppe hatte zum 13. November 2023 zur Jahreshauptversammlung in das Vereinsheim des FC 34 Wiesbaden-Bierstadt eingeladen. Zahlreiche Mitglieder sind dieser Einladung gerne gefolgt.

Der Vorsitzende Ulrich Gabel gab den Rechenschaftsbericht für das vergangene Geschäftsjahr ab. Die Standortgruppe hat insgesamt 167 Mitglieder und zählt heute noch zu den mitgliederstärksten Standortgruppen im Bereich IV.

Nach dem Bericht des Kassenwartes und der Kassenprüfer, wurde der Vorstand von der

Mitgliederversammlung entlastet.

Auf der Tagesordnung stand u. a. die Neuwahl des Vorstandes. Leider ist unser langjähriges Vorstandsmitglied Wolfgang Roos aus dem Vorstand ausgeschieden. Die Standortgruppe dankte ihm für seine langjährige Tätigkeit. Als stellvertretender Kassenprüfer wird er aber aktiv weiter mitarbeiten.

Allen anderen Vorstandsmitgliedern wurde mit großer Mehrheit das weitere Vertrauen geschenkt. Als neuer stellvertretender Vorsitzender wur-



➤ Erich Stallmann, Jens-Uwe Sponholz, Ernst Rhiel, Daniela Ecke, Ulrich Gabel (von links)

de unser Mitglied Jens-Uwe Sponholz gewählt.

Zum Gedenken an unsere leider im Jahr 2023 fünf verstorbenen Mitglieder legten wir eine Gedenkminute ein.

Ein Höhepunkt der Versammlung war die Ehrung verdienter Mitglieder.

Frau Maria Meurer, die seit 1963 als eine der ersten Frauen unserem Verband angehört



> Ernst Rhiel und Hans-Dieter Meier

und sehr aktiv in der Frauenpolitik des Verbandes tätig war, wurde durch den Vorsitzenden, Ulrich Gabel, für ihre 60-jährige Verbandszugehörigkeit mit dem Ehrenzeichen am Bande ausgezeichnet.

Auch Hans-Dieter Meier wurde für seine 60-jährige Mitgliedschaft mit dem Ehrenzeichen am Bande, ausgezeichnet.



> Maria Meurer und Ulrich Gabel

Weitere Mitglieder wurden im Jahr 2023 für ihre Verbandstreue geehrt:

**Für 15 Jahre Verbandstreue mit dem Ehrenzeichen in Silber:**

- > Med. Rat a.D. Dr. Wilhelm Hohn
- > RAmtfr Anna Matthei

**Für 25 Jahre Verbandstreue mit dem Ehrenzeichen in Gold**

- > RHS'in a.D. Claudia Meyer



> Ulrich Gabel und Ernst Rhiel

**Für 40-jährige Verbandstreue mit dem Ehrenzeichen**

- > RAR'in a.D. Simone Klehr
- > RAR'in a.D. Margit Matlé
- > AbtPräs a.D. Gerhard Heuschkel
- > RHS a.D. Matthias Kirchen

**Für 50 Jahre Verbandstreue mit dem Ehrenzeichen am Bande des VBB**

- ROAR a.D. Bernd Breitenstein.

Die Standortgruppe dankt allen Geehrten für ihre langjährige Treue und ihr Engagement.

Unserem Kassenwart und Betreuer der Ruhestandsbeamten, Ernst Rhiel, wurde eine besondere Ehrung zuteil. Er wurde durch den Vorsitzenden der Standortgruppe mit einer Urkunde für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit ausgezeichnet. Nicht nur die Standortgruppe, auch der Bereich IV sind Ernst Rhiel für seine engagierte Tätigkeit zu großem Dank verpflichtet.

Nach der Wahl der fünf Delegierten zur Bereichsversammlung 2024 in Koblenz und der Projektierung von Vorhaben im neuen Jahr, fand die Veranstaltung bei einem gemütlichen, gemeinsamen „Pichelsteiner Eintopfessen“ ihren Ausklang. ■

## > Standortgruppe Vulkaneifel Mitgliederhauptversammlung

Die turnusmäßige Mitgliederhauptversammlung der Standortgruppe Vulkaneifel fand Ende September 2023 in Ulmen statt. Die Vorsitzende Elisabeth Benz durfte die Bundesvorsitzende Imke von Bornstaedt-Küpper persönlich zur Mitgliederhauptversammlung begrüßen. Daneben freut es die Standortgruppe, das Ehrenmitglied Jürgen Mangerich in der Runde begrüßen zu dürfen.

Die Bundesvorsitzende gab den Anwesenden einen Überblick über die aktuellen Themen der Bundesleitung und Vorhaben in naher Zukunft. Vor allem stand sie für Fragen aus der Runde zur Verfügung und konnte sich auch einige Problemstellungen aus der Ortsebene notieren und zur Klärung mitnehmen. Hierzu ein herzliches Dankeschön an Imke von Bornstaedt-Küpper für ihre klaren Worte und das offene Ohr für die Probleme vor Ort.

Im Rahmen der diesjährigen Hauptversammlung standen jedoch vor allem die turnusmäßigen Neuwahlen des Vorstandes, Ehrungen, Abstimmung über Anträge an die kommende Bereichsversammlung sowie die Entsendung der Delegierten für die Bereichsversammlung 2024 im Mittelpunkt.



> Die geehrten Kollegen (Ehrenzeichen sowie Ehrenzeichen am Bande) sowie die Vorsitzende der Standortgruppe



> Die geehrten Kollegen (Silber und Gold) sowie die Bundesvorsitzende und die Vorsitzende der Standortgruppe

Die Wahlen des Vorstandes wurden durch den zuvor gewählten Wahlleiter Jürgen Mangerich exzellent durchgeführt. Für den Vorstand stehen auf eigenen Wunsch die Kollegen, Ludolf Oster (Kassierer), Achim Brüssow (Beisitzer Ruhestand) sowie Werner Knechtges (Beisitzer Technik) nicht mehr zur Verfügung.

Bei den Wahlen wurden die Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende im Amt bestätigt. Weiter wurde der

Vorstand durch die Wahlen der Kassierer, Schriftführerin, Stellvertreterin und Stellvertreterin und mehrerer Beisitzer vervollständigt. Elisabeth Benz überreichte nach den Wahlen den ausgeschiedenen Mitgliedern ein kleines Präsent und bedankte sich für die sehr gute Zusammenarbeit im Vorstand.

Die anstehenden Ehrungen übernahm die Bundesvorsitzende Imke vom Bornstaedt-Küpper persönlich. Geehrt wurden Kollegen mit der

Ehrennadel in Silber, in Gold, mit dem Ehrenzeichen sowie dem Ehrenzeichen am Bande.

Weiter konnten wir bereits über 13 Anträge abstimmen,

die nun auf den Weg für die Bereichsversammlung 2024 gebracht werden können. Der Vorstand hat die Möglichkeit, noch weitere Anträge zu formulieren. Themen

liegen bereits vor und müssen noch in Antragsform gefasst werden.

Die Mitgliederhauptversammlung endete mit einem ge-

mütlichen und leckeren Abendessen. Herzlichen Dank an alle Teilnehmenden und hoffentlich auf ein Wiedersehen bei der nächsten Veranstaltung. ■

#### > Landesverband Baden-Württemberg

**Vorsitzende:** Karin Voit  
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung  
Seckenheimer Landstraße 10  
68163 Mannheim

**Telefon:** (0621) 4295 4450  
**Telefax:** (0621) 4295-4222



#### > Standortgruppe Niederstetten

Mitgliederversammlung am 16. November 2023

Am Donnerstag, dem 16. November, fand die Mitgliederversammlung der Standortgruppe Niederstetten nicht

wie gewohnt im CASINO statt, sondern dieses Mal im Mannschaftsheim der Hermann-Köhl-Kaserne.

Der StOGrp.-Vorsitzende Rainer *Eifert* eröffnete die Versammlung und begrüßte ganz herzlich unsere Landesvorsitzende Karin *Voit* sowie die anwesenden Kollegen der

Standortgruppe Niederstetten und vom MunDep. Wehrmuthausen. In einem kurzen Jahresrückblick berichtete Herr *Eifert* über die Geschehnisse des vergangenen Jahres und

gab einen Ausblick auf Veranstaltungen und Termine im nächsten Jahr.

Des Weiteren erinnerte Rainer Eifert an die Wahlen des Vorstandes der StGrp. 2024 und appellierte an die Mitglieder, hier mitzuarbeiten, da nahezu der gesamte Vorstand neu zu wählen ist. Der Kdr. TranspHubschrRgt 30 Oberst *Persikowski* konnte an der Veranstaltung leider nicht teilnehmen, da er terminlich eingebunden war. Er wünschte der Versammlung einen guten und erfolgreichen Verlauf. Eine positive Bilanz zog unser Kassierer *Ingo Hegner* in seinem Kassenbericht. Die Kassenprüfer bescheinigten ihm eine solide und übersichtliche Kassenführung. Danach folgte der Bericht des Schriftführers, der wurde von *Reinhold Köhler* vorgetragen.

Die Entlastung der Vorstanderschaft wurde auf Wunsch vom Vorsitzenden von *Frau Voit* durchgeführt.

Im Anschluss referierte unsere Landesvorsitzende *Frau Voit* über die Zusammensetzung/Veränderungen im Personalwesen des VBB und machte

auf die kommenden Wahlen im Jahr 2024 aufmerksam. Sie erwähnte in ihrem Vortrag, dass wir anhand unserer Mitgliederzahlen zwei Delegierte zur Landesversammlung nach Mannheim entsenden können.

Weitere Themen waren: Menschenführung bei den Führungskräften der Feuerwehr. Hierzu war die einhellige Meinung, dass für die Dienststellenleiter Lehrgänge angeboten werden sollten. Ein schwer diskutiertes Thema: die ruhegehaltensfähige Feuerwehruzulage mit evtl. Rückwirkung, da allerdings warten wir noch auf die Ausführungsbestimmungen. Da zeigt es sich dann, wie das Gesetz umgesetzt wird.



> Die Ehrenmedaille für 50 Jahre Mitgliedschaft erhielt *Detlef Maschke*.



> Die Ehrennadel in Gold für 25-jährige Mitgliedschaft erhielten: *Manfred Dotzel*, *Klaus Meyer* und *Alfred Zürn* (3., 4., 5. von rechts)

Weiter wurde die Problematik der Ausbildung im mittleren Dienst zum Fluggerätemechaniker diskutiert, diese stellt sich als sehr schwierig dar, weil Lehrgangplätze fehlen. Es war spürbar und man merkte, dass bei den Teilnehmenden großer Rede- und Diskussionsbedarf bestand.

Als letzter Punkt in unserer Versammlung hatte unsere Landesvorsitzende die ehrenvolle Aufgabe die Ehrungen vorzunehmen.

Die Ehrenmedaille für 50 Jahre Mitgliedschaft erhielt *Detlef Maschke*.

Die Ehrennadel in Gold für 25-jährige Mitgliedschaft erhielten: *Manfred Dotzel*, *Klaus Meyer* und *Alfred Zürn*.

Nach alledem wurden die Versammlungsteilnehmer vom Vorsitzenden zu einem sehr guten gemeinsamen Abendessen eingeladen, welches vom Mannschaftsheim zubereitet wurde. Dafür noch herzlichen Dank.

Es war ein interessanter und gelungener Abend, und so war man sich einig, dass die Veranstaltung angemessen und informativ für jeden war.

## > Standortgruppe Sonthofen

### Mitgliederversammlung, Vortrag und Ehrungen

Am 12. Oktober 2023 trafen sich auf Einladung des Vorstandes die Mitglieder der VBB-Standortgruppe Sonthofen/Kempten zur jährlichen Mitgliederversammlung.

Nach einem kurzen Vortrag über die Veränderungen in der Standortgruppe Sonthofen/Kempten übergab der 1. Vorsitzende an den stellv. Landesvorsitzenden des Landes-



> 1. Vorsitzender *Roland Walter*, *Silvia Taps*, *Hasso Hauptvogel*, *Xaver Hefe*, *Josef Marquart*, *Hans Mehringer* und *Anton Dirr* (von links)

verbandes Bayern, Herrn *Robert Ascherl*.

Herr *Ascherl* hielt einen Vortrag über die aktuellen Themen, die den VBB betreffen, und im Anschluss wurden die anwesenden verdienten Mitglieder im Namen des Verbandes geehrt:

#### Ehrenzeichen am Bande für 60 Jahre Mitgliedschaft

- > Herr *Anton Dirr*
- > Herr *Xaver Hefe*
- > Herr *Manfred Reichel*

#### Ehrenmedaille für 50 Jahre Mitgliedschaft

- > Herr *Hasso Hauptvogel*
- > Herr *Josef Marquart*
- > Herr *Hans Mehringer*

> Herr *Anton Übelhör*

#### Ehrenzeichen für 40 Jahre Mitgliedschaft

- > Frau *Silvia Taps*
- > Frau *Susanne Thomas*

#### Ehrennadel in Gold für 25 Jahre Mitgliedschaft

> Herr *Joachim Ringer*

#### Ehrennadel in Silber für 15 Jahre Mitgliedschaft

> Herr *Rainer Zeller*

Dem offiziellen Teil folgte dann der gemütliche Teil. Dieser endete nach einem gemeinsamen Grillen mit netten und interessanten Gesprächen.

## > Landesverband Bayern

**Vorsitzender:** Lothar Breunig,  
Wehrtechnische Dienststelle 61  
der Bundeswehr,  
Flugplatz,  
85077 Manching

**Telefon** (08459) 80-2530, BwKz 90-6601-2530



> Der neue StoGrp.-Vorstand: H. Sperber, Kassier; E. Förg, Beauftragte f. Frauen u. Jugend; S. Hirschberg, 2. stellv. Vorsitzende; M. Madersbacher, Vorsitzender; Frau von Bornstaedt-Küpper, W. Bruderrek, 1. stellv. Vorsitzender; H. Schneider, 1. Kassenprüfer; auf dem Bild fehlen S. Baumann, Schriftführer; M. Prinzler und R. Keim, Beisitzer (von links).

## > Standortgruppe Landsberg/Lechfeld Mitgliederjahreshauptversammlung

Am 11. Oktober 2023 fand die Jahreshauptversammlung für die Mitglieder der VBB Standortgruppe Landsberg/Lechfeld statt. Hierzu hatte der Vorsitzende, Markus Madersbacher, schon sehr frühzeitig den Saal im Bürgerhaus Schwifting reserviert. Er konnte 25 Mitglieder der Standortgruppe und – zum ersten Mal seit Ihrem Amtsantritt – die Bundesvorsitzende Frau Imke v. Bornstaedt-Küpper begrüßen. Wegen einer kleinen Verspätung

und einer straffen Tagesordnung hielt der Vorsitzende keine lange Begrüßungsrede, sondern begann sofort mit den Punkten der Tagesordnung.

Zunächst stellte er fest, dass die Einladung zur MJHV ordentlich ergangen ist und es keine Einsprüche gegen die Tagesordnung gab. Außerdem stellte er die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend wies er vorab darauf hin, dass die Versammlung die Vorstandschaft

der Standortgruppe neu wählen muss, genauso wie die Delegierten, die im Jahre 2024 die Landesversammlung des VBB-Landesverbandes besuchen können. Hierzu gab er kurze Erläuterungen.

Nachfolgend gedachte die Versammlung der im vergangenen Jahreszeitraum verstorbenen Mitglieder.

Danach folgte der Bericht des Vorsitzenden, der über die aktuelle Zahl der Mitglieder sowie die Zahl der Zu- und Abgänge informierte. Außerdem berichtete er über die Vorstandssitzungen und die Veranstaltungen, welche die Standortgruppe durchgeführt hatte. Hier wurden beispielsweise das Grillfest, die Brauereibesichtigung und das Senio-

# Wir. Helfen. Dienen.



(c) 2017 Bundeswehr/Weber

Wir sind das Sozialwerk der Bundeswehr.

Mit diesem Auftrag engagieren wir uns seit 1960 für die Menschen in der Bundeswehr und für ihre Familien - vor allem als Ausgleich für die besonderen Anforderungen des militärischen Dienstes. Umfassende Erholungsmöglichkeiten und soziale Angebote sind unsere Stärke.

Damit Helfen wir denen, die dienen!

Helfen Sie uns - als Mitglied im Bundeswehr-Sozialwerk oder durch Ihre Spende.

**Jetzt Mitglied werden!**  
Nur 4,00 € monatlich.



**Bundeswehr Sozialwerk**  
Hier scheint die Sonne!

[www.bundeswehr-sozialwerk.de](http://www.bundeswehr-sozialwerk.de)



rentreffen mit Vortrag des Sozialdienstes der Bundeswehr genannt. Als kleines Highlight im Jahr 2023 stellte er den Info-stand der Standortgruppe beim Tag der Bundeswehr in Murnau heraus. „Das war für alle Teilnehmer ein ganz besonderes Erlebnis“, resümierte er. Sein Bericht endete mit einer Aussicht auf die geplanten Veranstaltungen im nächsten Jahr.

Im Anschluss folgte der Kassenbericht, den ebenfalls der Vorsitzende vortrug, da der Kassierer leider dienstlich verhindert war.

Gleich danach folgte der Bericht der Kassenprüfung, der keine Beanstandungen zur Kas-senführung hervorbrachte. Vorstand und Kassierer wurden sodann durch die Ver-sammlung entlastet.

Als nächster Tagesordnungs-punkt folgte die Neuwahl der Vorstandschaft. Hier wurden fast alle bisherigen Amtsinha-ber wiedergewählt. Nur beim Kassenwart gab es einen Wechsel, hier wurde Kollege Harald Sperber als neuer Kas-senwart der Standortgruppe gewählt. Zusätzlich wurde noch ein zweiter Stellvertreter/ Stellvertreterin des Vorsitzen- den gewählt. Hier viel die Wahl auf die Kollegin Sophie *Hirsch- berg*. Der alte und neue Vorsit- zende und alle anderen Ge- wählten bedankten sich für das Vertrauen und nahmen die Wahl an.



Mit der Ehrung von langjähri- gen Mitgliedern ging es nach- folgend weiter. Die Ehrungen führte der Vorsitzende zusam- men mit der Bundesvorsitzen- den durch. Für 15 Jahre Mit- gliedschaft erhielten Kollegin Tanja *Felber* sowie Kollege Reinhold *Below* eine Urkunde und die silberne Ehrennadel. Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurden die Kollegen Martin *Unglert*, Günter *Geissendörfer* und Thomas *Warneke* mit der goldenen Ehrennadel ausge- zeichnet. Das Ehrenzeichen am

Bande für 60 Jahre Mitglied- schaft erhielt Herr Anton *Stein- hauser* mit einer Ehrenurkunde ausgehändigt. Herzliche Gratulation! Eine traurige Meldung gab es zur Verleihung der Ur- kunde für 50-jährige Mitglied- schaft des Kollegen Helmut *Micheler* zu vermelden. Der Kollege war leider kurz vor der Jahreshauptversammlung ver- storben, sodass er die Ehren- medaille und die Urkunde nicht mehr selbst in Empfang nehmen konnte. Der Vorsitzen- de der Standortgruppe wird sie in Kürze an die Witwe des Ver- storbenen übergeben.

Als Sahnehäubchen folgten an- schließend die Grußworte der Bundesvorsitzenden, Frau v. Bornstaedt-Küpper, die auch über die Arbeit des Bundesvor- stands berichtete und im wei- teren Verlauf über aktuelle Themen der Verbandsarbeit referierte. Die Versammlung lauschte den Ausführungen in- teressiert und stellte zwischen- durch immer wieder Fragen,

auf die die Bundesvorsitzende dann jeweils einging und diese beantwortete. Zum Ende des Vortrags bedankte sich die Bundesvorsitzende für die Auf- merksamkeit und zeigte sich positiv überrascht über die An- zahl vieler jüngerer Mitglieder in der Standortgruppe Lands- berg/Lechfeld.

Der Standortgruppenvorsit- zende bedankte sich ganz herz- lich bei Frau v. Bornstaedt-Küp- per für deren Ausführungen und dafür, dass sie den langen Weg aus Bonn nicht gescheut und unsere Standortgruppe zur Jahreshauptversammlung im schönen Landsberg am Lech besucht hat. Als kleines Danke- schön überreichte er ihr noch eine Geschenkpackung Scho- kolade, die die Bundesvorsit- zende gerne annahm.

Anschließend beendete der Standortgruppenvorsitzende den offiziellen Teil der Veran- staltung und lud zu einem ge- meinsamen Abendessen ein. ■



## ► Standortgruppe Manching-Ingolstadt

### Mitgliederhauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstands bei der Standortgruppe Manching-Ingolstadt

Am 8. November 2023 führte die Standortgruppe (StOGrp.) Manching-Ingolstadt ihre Mit- gliederhauptversammlung mit Neuwahlen des Standortgrup- penvorstands durch. Zur Ver- anstaltung, die in der Kantine der WTD 61 in Manching statt-

fand, fanden sich ca. 50 Mit- glieder ein. Leider musste unsere Bundesvorsitzende Kollegin Imke v. *Bornstaedt- Küpper* ihre Teilnahme wegen vordringlicher Termine in Berlin und Bonn absagen, was die An- wesenden sehr bedauerten.

Nach seiner Begrüßung und seinem Tätigkeitsbericht über- gab der Vorsitzende Kollege Lothar *Breunig* an den Kassen- wart der StOGrp., Kollegen Volker *Pappschek*, der seinen Kas- senbericht vortrug. Durch den Kassenprüfer Günter *Sedlmay- er* wurde sodann der Kassen- prüfbericht vorgetragen und er beantragte auch gleich die Ent- lastung der Vorstandschaft. Diesem Antrag folgten alle an- wesenden Mitglieder. Kollege

Breunig dankte allen Vor- standsmitgliedern und Unter- stützern herzlich für ihr Enga- gement und stellte heraus, dass es zur heutigen Zeit im- mer schwieriger wird, Men- schen zu finden, die bereit sind, sich ehrenamtlich für ihre und die Interessen der Kolle- ginnen und Kollegen einzuset- zen. Besonders dankte er dem Kassenwart Kollegen Volker *Pappschek*, der seit Wegverset- zung des Kollegen *Beetz*, der

Schriftführer der StOGrp. war, auch dessen Aufgaben teilweise mit übernahm.

Sodann war es an der Zeit, die Neuwahlen eines neuen Standortgruppenvorstands durchzuführen. Kollege Michael *Preiß* zeigte sein Einverständnis, als Versammlungsleiter für die Wahlen zu fungieren, und wurde von den Anwesenden in dieser Funktion bestätigt.

Professionell führte Kollege *Preiß* die Wahlen durch. Das Ergebnis – also der neue StOGrp.-Vorstand der StOGrp. Manching-Ingolstadt für die nächsten fünf Jahre – stellt sich wie folgt dar:

Vorsitzender: Lothar Breunig; stellvertretender Vorsitzender: Markus *Averbeck*; Schriftführer: Volker *Diederichs*; Kassenwart: Volker Pappschek; stellv. Kassenwart: Ruth *Rohland*; Beisitzer Ruheständler: Mario *Holzer*; Beisitzerin Frauen: Janina *Krause*; Beisitzer Feuerwehr: Alfons *Fuchs*; Beisitzer ZtQ 4.5: Micha-



el *Preiß*; Beisitzer BwDLZ Ingolstadt: Michael *Hirzenhammer*; Kassenprüfer: Günter Sedlmayer und Georg *Schrön*; stellv. Kassenprüfer: Erwin *Feigl*.

Nachdem der neu gewählte Vorsitzende die Leitung der Sitzung wieder übernahm, informierte es sogleich über Themen, die den Verband beschäftigten und auch weiterhin beschäftigen. So wurden die Verbesserungen der Dotierungen in den Bundeswehr-Dienstleistungszentren, die durchgeführten Stellenbeset-

zungsverfahren nach § 27 BLV, die DP-Anhebungen im mittleren Dienst nach A9 und A9mZ, die Übernahme des Tarifiergebnisses für die Bundesbeamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger und der Gesetzentwurf zur amtsangemessenen Besoldung einschließlich des alimentativen Ergänzungszuschlags thematisiert.

Die Arbeit für unseren Berufsverband wird also nicht ausgehen und die Organisation möglichst vieler Beamtinnen und

Beamten im VBB ist hierzu förderlich, um unseren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Hierzu kann auch in naher Zukunft der Aufruf zur Abgabe von Anträgen für die im Juni 2024 stattfindende Landesversammlung des VBB Landesverbandes VI (Bayern) genutzt werden. Diese Anträge, die dann an den Bundesvertretertag weitergegeben werden, stellen die Aufträge für die Arbeit unseres Verbandes – und in Folge des dbb – für die Zukunft dar. Ferner stehen im Mai 2024 die Personalratswahlen an. Auch hier können unsere Mitglieder entweder durch die aktive Kandidatur auf unseren Personalratslisten oder aber durch eine hohe Wahlbeteiligung zur Unterstützung unserer Forderungen und Ziele beitragen.

Zu guter Letzt fanden noch Ehrungen langjähriger Mitglieder der StOGrp. statt, bevor die Versammlung bei einem leckeren Essen, Getränken und guten Gesprächen ausklang. ■

## ► Standortgruppe Nord Oberpfalz

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen und Weihnachtsfeier der Standortgruppe Nord Oberpfalz des Verbandes der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB)

Die Mitglieder der Standortgruppe Nord Oberpfalz freuten sich über den Besuch des VBB-Landesvorsitzenden Lothar *Breunig* zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen in Weiden. VBB-Vorsitzender *Stephan Gollwitzer* begrüßte traditionell zur Weihnachtsfeier mit Jahreshauptversammlung die aktiven und pensionierten Kolleginnen und Kollegen im Hotel zur Heimat.

*Stephan Gollwitzer* merkte in seinem Bericht an, auf die Forderung einer Rücknahme der 41-Stunden-Woche wurde von Bundesinnenministerin *Nancy Faeser* nicht eingegangen. Interessant sei hier: Mit genau die-

ser Forderung habe sie jedoch im Wahlkampf in Hessen unter dem Motto „Vertrauen gegen Vertrauen – Zukunftspakt öffentlicher Dienst“ zu punkten versucht. Dies kommt bei den Bundesbeamtinnen und -beamten nicht gut an.

In seinem Bericht ging *Lothar Breunig* auf aktuelle Themen ein wie z. B. den ausgezahlten Inflationsausgleich sowie die 5,3 Prozent mehr Gehalt im Rahmen der Tarifverhandlungen. Die Verwaltung benötigt mehr Beamte in der Wehrverwaltung und so ist mittlerweile die sogenannte DirektEinstellung ein weiteres Mittel, den dringenden Personalbe-



darf zu decken. Angemerkt wurde, dass hier auch die bundesweite Versetzung nicht mehr zeitgemäß unter dem Stichwort Attraktivität sei. Hier schlägt *Lothar Breunig* mehr regionale Verwendungen vor, um so auch attraktiv zu bleiben. Ein angesprochenes Thema war auch die geplante Brigade in Litauen. Inwieweit hier Zivilpersonal betroffen und eingeplant sei, sei noch nicht

abschließend geklärt. Klar ist, wo die Soldatinnen und Soldaten auch ihren Dienst verrichten, werden diese immer von Beamten oder Beschäftigten der Bundeswehr begleitet.

*Lothar Breunig*, *Stephan Gollwitzer* und 2. Vorsitzender *Alfred Kick* führten die Ehrungen verdienter Mitglieder durch. Geehrt wurden für 15 Jahre *Gerhard Bittner* (Ehrennadel in

Silber), für 25 Jahre Wolfgang *Bloß* (Ehrennadel in Gold), für 40 Jahre Wilhelm *Buchfelder* (Ehrenzeichen) sowie für 50 Jahre Helmut *Meier* (Ehrenmedaille).

Bei den anschließenden Neuwahlen der Vorstandschaft wur-

de Vorsitzender Stephan Gollwitzer erneut einstimmig für weitere fünf Jahre gewählt. Des Weiteren wurden gewählt: Alfred Kick (stellvertretender Vorsitzender), Wolfgang Bloß (Kassenwart), Stefanie *Schmidt* (Schriftführerin), Anna-Maria

*Walter* (Beisitzerin Ruhestand), Michael *Neuber* und Kathrin *Steger* (Kassenprüfer), Carola *Grünwald* und Jamie *Roberts* (Beisitzer). In die Landesversammlung 2024 wurden zu Delegierten Anna-Maria Walter und Alfred Kick sowie als Ersatz-

delegierte Wolfgang Bloß und Jamie Roberts durch die Versammlung gewählt.

Nach den offiziellen Teilen ging es nahtlos über zur Weihnachtsfeier und zum lockeren Austausch. ■

## Neue Unterstufe der Auszubildenden für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte“ eingetroffen

Am Dienstag, dem 31. Oktober 2023, pünktlich zu Halloween, traten die Auszubildenden für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte“ im Rahmen der Dienstbegleitenden Unterweisung VFA (Unterstufe) (A/VFA-U) Ihre Ausbildung in Oberammergau an.

Am Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) III 3, Lehrbereich Oberammergau, werden regelmäßig die Praxisbegleitenden Unterweisungen für die Unterstufe, die Mittelstufe und für die Oberstufe (3. Lausbildungsjahr) durchgeführt.

Die 13 neuen „Azubis“ wurden durch Regierungsamtsrat Christian *Lange* als Klassenlehrer und Mitglied im VBB bei einer Einführungsveranstaltung willkommen geheißen.

Nach Einweisung in die Liegenschaft, den Unterrichtsablauf und die weitere Ausbildung (Unterricht) am Bildungszentrum in Oberammergau konnte der Tag noch mit einer Willkommensaktion des VBB erfolgreich beendet werden.

Die neuen Auszubildenden erhielten noch ein Präsenttäsch-



chen mit Kugelschreibern, Heftnotizen und Flaschen-

öffner sowie ein Halstuch für die rauen Herbsttage in Oberammergau. Die Werbemittel wurden durch die Bundesgeschäftsstelle des VBB dem Bildungszentrum (BiZBw) in Oberammergau und der Standortgruppe VBB – Werdenfelser Land zur Verfügung gestellt.

Nach dem Werbefilm des VBB und mit viel Motivation ausgestattet neigte sich der erste Tag in Oberammergau auch seinem Ende entgegen. ■



© Tanja Wegner/VBB (B)

### > Bereich Berlin, Brandenburg, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen

Vorsitzende: Astrid Bittkau,  
Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr,  
PA 3, Prötzeler Chaussee 25, 15344 Strausberg,  
Telefon: (03341) 58-2400

### > Standortgruppe Ostsachsen Jahresabschlussveranstaltung

Im Rahmen einer Jahresabschlussveranstaltung trafen sich sportlich begeisterte Mitglieder der VBB-Standortgruppe Ostsachsen zum Eisstockschießen. In einer tollen Kulisse fand die Veranstaltung im

WinterElbeGarten nahe des Dresdner Blauen Wunders statt.

Jung und Alt schossen dabei die Eisstöcke mit viel Spaß, Energie und regem Treiben

über die Bahnen. Dabei wurde durch jeden Einzelnen viel Geschicklichkeit und Teamgeist bewiesen.

In gemütlicher Runde und fröhlicher Ausgelassenheit klang der aktive Teil des Abends mit einem kulinarischen Abendessen aus.

Der nächste Mitgliedertreff wird die Jahreshauptversammlung sein und findet am 18. Januar 2024 im Bundeswehr-Verwaltungszentrum Dresden statt. Wir freuen uns auf Euch. ■



#### > Bereich Bundesministerium der Verteidigung

**Vorsitzender:** **Wolfgang Bernath**  
Personalrat beim BMVg  
erster Dienstsitz Bonn  
Bundesministerium der Verteidigung  
Fontainengraben 200  
53123 Bonn

**Telefon:** (0228) 1212662  
**Telefax:** (0228) 123342666  
**E-Mail:** WolfgangBernath@BMVg.Bund.de

## Vertrautes Miteinander in Berlin

Der Einladung des Bereichs VIII zu einem Oktoberfest waren zahlreiche Aktive und Pensionäre gerne gefolgt. Bei rustikalem Essen und kühlen Getränken kam man zu zahlreichen Themen ins Gespräch.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Bundesvorsitzenden Imke v. *Bornstaedt-Küpper*, die ihre Anwesenheit in Berlin auch dazu nutzte, ihre Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle vorzustellen.



Für zahlreiche unserer Kolleginnen und Kollegen sind daher Namen künftig auch mit Gesichtern verbunden, was das Miteinander noch persönlicher gestalten wird. In seinem Dank für den von allen

als gelungen bewerteten Abend an die Organisatorin Kollegin Britt *Baumgärtel* stellte der Bereichsvorsitzende Kollege Wolfgang *Bernath* eine Wiederholung in Aussicht. ■

**Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V.**

**www.vbb-bund.de**



**Baumschulallee 18 a · 53115 Bonn · Telefon 0228.389270 · mail@vbb-bund.de**

## Stilvolle Mitgliederehrung in Bonn

Etwas ganz Besonderes ist immer wieder die Ehrung verdienter Mitglieder. Zur diesjährigen Feier hatte der Bereichsvorstand die Bonner Jubilare ins traditionsreiche Hotel Dreesen eingeladen.

Dort konnte Bereichsvorsitzender Wolfgang *Bernath* mit seinem fast komplett anwesenden Vorstand zahlreiche Aktive und Pensionäre begrüßen, die entweder für besondere Leistungen oder langjährige Mitgliedschaft zu ehren waren. In stilvoller Atmos-

phäre bei leckerem Essen und guten Getränken konnten alte Bekanntschaften aufgefrischt und neue Verbindungen geknüpft werden.

Besondere Glanzlichter waren die Ehrungen für 50 und sogar 60 Jahre Treue zu unserem Berufsverband. So war es kein Wunder, dass sich die Gesellschaft erst zu vorgerückter Stunde verabschiedete.

Diese schöne Tradition wird im kommenden Jahr gerne eine Fortsetzung finden. ■



© VBB

## Adventskaffee in Bonn



© VBB (2)

### > Personalnachrichten

**Wir gratulieren zur Ernennung**

**der Regierungsdirektorin**  
Katrin Kettaniß, BAIUDBw

**der Technischen Oberregierungsrätin**  
Nicole Jesse, BAAINBw

**dem Technischen Oberregierungsrat**  
Jannik Stephanus, BAIUDBw  
Thomas Klassen, Trier  
Klaus Schmitt, Trier  
Michael Schwebach, Trier

**der Regierungsoberamtsrätin**  
Cathrin Baldus, BAAINBw

**dem Regierungsoberamtsrat**  
Rainer Schönhofen, Trier

**dem Brandrat**  
Tom Riedel, BAIUDBw

**dem Technischen Regierungsoberamtsrat**  
Hans-Georg Linial, Trier  
Lothar Mertes, Trier

**der Regierungsamtsrätin**  
Jennifer Hewer, Trier  
Marita Lutz, Trier  
Anke Bartsch, Landsberg/Lechfeld  
Angelika Noeske, Donau-Wald

**dem Regierungsamtsrat**  
Hartmut Kraft, Stadtallendorf

**dem Regierungsamtsrat**  
Steffen Gayer, Idar Oberstein

**dem Technischen Regierungsamtsrat**  
Robert Keßler, Donauwörth  
Michael Kunschke, Donauwörth  
Dietmar Stolz, Trier

**dem Regierungsamtsrat**  
Armin Becker, Stadtallendorf  
Daniel Stähr, Stetten am kalten Markt  
Wulf Knolle, Wunstorf

**der Technischen Regierungsamtsfrau**  
Angela Helme, Donauwörth  
Tina Mersdorf, Trier

**dem Technischen Regierungsamtsrat**  
Benjamin Schönke, BAAINBw  
Gereon Müller, Trier  
Fabian Sohns, Trier

**dem Regierungs-oberinspektor**  
Christian Piontek, Würzburg

**dem Technischen Regierungs-oberinspektor**  
Torsten Pein, Hamburg  
Andreas Marx, Trier

**der Regierungs- amtsinspektorin**  
Simone Merz, Stetten am kalten Markt



## > Personalnachrichten

### dem Regierungs- amtsinspektor

Viktor Pflaum,  
Stadtallendorf  
Carola Seibert,  
Stadtallendorf

**dem Technischen  
Regierungsamtsinspektor**  
Franz Josef Diederichs, Trier  
Peter Kordel, Trier  
Gerd Michael Lambio, Trier  
Alexander Barz,  
Donauwörth

**dem Regierungshauptsekretär**  
Christian Flügel,  
Donauwörth  
Tobias Viertelhausen,  
Stadtallendorf  
Mario Kahlenberg, Trier

**der Regierungsinspektorin**  
Ingeborg Schäfer, Trier

**dem Technischen  
Regierungshauptsekretär**  
Christian Lliteras, Trier  
Christoph Marquardt, Trier

**der Regierungs-  
obersekretärin**  
Bettina Maier,  
Stetten am kalten Markt  
Irina Scherbak, Stadtallendorf

**dem Regierungsobersekretär**  
Tom Nehls, BAIUDBw

**dem Technischen  
Regierungsobersekretär**  
Alfred Ternes, Trier

**Alle guten Wünsche  
für den Ruhestand**

**dem Leitenden Technischen  
Regierungsdirektor a.D.**  
Jürgen Döring, Kiel

**der Regierungsdirektorin a.D.**  
Verena Berenbrinker,  
Stuttgart

**der Oberregierungsrätin a.D.**  
Christine Rhein, Wunstorf  
Ute Barth, Hürth  
(Bundessprachenamt)

**der Medizinaloberrätin a.D.**  
Eva Büttgen, Stuttgart

**dem Technischen  
Regierungsoberratsrat a.D.**  
Günter Kuß, Koblenz  
Jürgen Leuser, Kdo CIR  
Karl-Josef Jaeger, Aachen

**der Regierungs-  
oberamtsrätin a.D.**  
Susanne Brzoska,  
Eckernförde

**dem Regierungsamtsrat a.D.**  
Jürgen Marzi, BAAINBw

**dem Technischen  
Regierungsamtmann a.D.**  
Manuel Neumann, BAAINBw

**dem Technischen Regie-  
rungsinspektor a.D.**  
Hans-Jürgen Bock,  
Donauwörth

**dem Oberbrandmeister a.D.**  
Thomas Ribian, Rostock

**der Regierungshauptsekretärin a.D.**  
Elisabeth Bockstette,  
Münster  
Diana Finckh, LeipzigA8

**dem Regierungshauptsekretär a.D.**  
Gerold Logemann, Oldenburg  
Andree Roberts, Kiel

**dem Oberbrandmeister a.D.**  
Christian Wilters,  
Wilhelmshaven

## > In stiller Trauer ...

### ... gedenken wir unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

dem Regierungshauptsekretär Sebastian Herrlich,  
Borken-Dillich

dem Regierungshauptsekretär Uwe Hinrichs, Wilhelmshaven

dem Regierungsoberratsrat a.D. Heinz-Werner Ittermann,  
Meißen

dem Regierungsamtmann a.D. Heinz Kaminsky, Lehrte

dem Technischen Regierungsamtsrat a.D. Dieter Kutz,  
Schortens

dem Oberamtsrat a.D. Johannes Lieberz, Alfter

dem Technischen Regierungsamtsinspektor  
Andreas Nowak, Miehlen

der Regierungsamtsfrau a.D. Heidrun Olvermann, Hildesheim

dem Regierungsamtmann a.D. Günter Schottenloher,  
Geislingen

der Regierungshauptsekretärin a.D. Christa Schrafstetter,  
Marburg

dem Technischen Amtsinspektor Alfons Schwarz,  
München/Fürstenfeldbruck



## > Hinweis

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr e.V. (VBB) veröffentlicht im VBB-Magazin regelmäßig persönliche Nachrichten aus folgenden Anlässen: Personalnachrichten (Beförderung, Eintritt in den Ruhestand) und Trauerfälle.

Veröffentlicht werden hierbei Name, Vorname, Amtsbezeichnung und Zugehörigkeit zur VBB-Standortgruppe beziehungsweise Wohnort. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f) EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO). Die Veröffentlichung erfolgt aufgrund der Meldung durch die Bereiche/Landesverbände, der Standortgruppe oder der Veränderungsanzeige durch das Mitglied selbst.

Wenn Sie eine Veröffentlichung nicht wünschen, können Sie dieser jederzeit widersprechen.

Es genügt eine Mitteilung in Textform. Ein Widerspruch per E-Mail kann gesendet werden an mail@vbb-bund.de.

Soweit Veröffentlichungen fehlerhaft sind, werden sie selbstverständlich in korrigierter Form erneut bekannt gegeben. Die wiederholte und korrigierte Bekanntgabe wird dann mit dem Buchstaben (K) gekennzeichnet.

Die Schriftleitung bittet darum, fehlerhafte Bekanntgaben rasch zu melden, damit zeitnah eine Korrektur veranlasst werden kann, und entschuldigt sich bei den Betroffenen für das Versehen.

## > Zudem ...

... kann es sein, dass zahlreiche der genannten Ereignisse in den Personalnachrichten schon einige Zeit zurückliegen, da sie uns erst jetzt zur Kenntnis gelangen. Dennoch soll auf eine Veröffentlichung nicht verzichtet werden. Wir meinen, dass das im überwiegenden Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist.

*Schriftleitung*

Cybersicherheit

# Klick und weg



Foto: Colourbox.de (2)

Immer häufiger werden Behörden zum Ziel von Hackerangriffen. Wie können sie sich gegen solche Angriffe wappnen? Wie sollten sie im Fall der Fälle agieren? Und wie kann sich Deutschland Fachkräfte für Cyberabwehr sichern? Cybersicherheit entwickelt sich agil und darf im öffentlichen Sektor nicht durch schleppende Digitalisierung ausgebremst werden. Um Fachkräfte für die Cyberabwehr zu gewinnen, müssen veraltete Strukturen schnell modernisiert werden, damit die Arbeitsplätze attraktiver werden.

**A**lles beginnt mit einem harmlosen Klick. Der Kollege hat eine E-Mail geschickt, dass die Fotos der jüngsten Tagung online sind und über einen Link heruntergeladen werden können. Gesagt, getan, nächste E-Mail bearbeiten. Das Problem: Die E-Mail kam nicht von dem Kollegen. Und zusammen mit den Fotos ist etwas sehr Bedrohliches auf den Rechner gelangt: Ransomware. Solche Angriffe auf Kommunen, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen stehen immer häufiger in den Schlagzeilen. Ein besonders spektakulärer Fall: Der Angriff auf die Verwaltung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld im Juli 2021, der so gravierend war, dass der Landkreis den Katastrophenfall ausrufen musste und erst im Februar 2022 langsam wieder in den Normalbetrieb zurückkehren konnte. Eine besonders folgenreiche Methode der Hacker ist es, nicht einzelne öffentliche Einrichtungen anzugreifen, sondern deren IT-Dienstleister. Ein Dienstleister ist meist für mehrere Einrichtungen in einer Region verantwortlich, wodurch die Hacker gleich mehrere Fliegen mit einer digitalen Klappe schlagen können. So geschehen Anfang November, als Hacker den Dienstleister Südwestfalen-IT angriffen und damit mindestens 70 Behörden in Nordrhein-West-

falen lahmlegten. Laut der Studie der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) sind Regierungseinrichtungen nach Schwerindustrie und dem Informationssektor die häufigsten Angriffsziele. Den Hackern geht es bei den Angriffen nicht immer nur um Geld. Spionage, Sabotage, Einflussnahme und Rufschädigung können ebenfalls Motive sein.

## Lösegeld ist keine Option

„Ransom“ bedeutet aus dem Englischen übersetzt so viel wie Lösegeld. Und genau das verbirgt sich hinter dem Anglizismus: Bei einem Ransomware-Angriff verschlüsseln Hacker die Daten eines Systems und entschlüsseln sie nur, wenn das Opfer Lösegeld bezahlt. Gerade wenn es um sensible Daten geht, drohen die Hacker häufig zusätzlich damit, die Daten ins Internet zu stellen oder auf dem digitalen Schwarzmarkt zu verkaufen. Diese Angriffe können jeden treffen: egal ob Privatpersonen, Unternehmen oder Institutionen. Auch die Größe der potenziellen Opfer spielt prinzipiell keine Rolle – wobei kleinere Unternehmen und Institutionen in der Regel eine schlechtere Cyberabwehr haben. Bei der

## „Der öffentliche Sektor muss klarmachen, dass er nicht erpressbar ist.“

Carsten Meywirth

Auswahl des Opfers geht es den Hackern weniger darum, wie viel Lösegeld sie erbeuten können, sondern worin das beste Aufwand-Nutzen-Verhältnis besteht.

Carsten Meywirth ist Leiter der Abteilung Cybercrime beim Bundeskriminalamt (BKA). Er rät Behörden, die Opfer eines Cyberangriffs geworden sind: „Im Ernstfall sollten die Systeme schnellstmöglich vom Netz getrennt und die Polizei verständigt werden. Je eher, desto besser: Der Wert digitaler Spuren ist gerade in Deutschland sehr schnell flüchtig. Im Falle eines Erpressungsversuches empfehlen wir grundsätzlich, sich nicht auf Lösegeldzahlungen einzulassen. Zum einen muss gerade der öffentliche Sektor konsequent klarmachen, dass er nicht erpressbar ist. Zum anderen geben Lösegeldzahlungen keinerlei Sicherheit, dass die infizierten Systeme tatsächlich vollständig wiederhergestellt und bereits ausgeleitete Daten nicht doch noch missbraucht werden.“

Denn auch wenn die Hacker in den Verhandlungen gern wie Geschäftsleute auftreten, bleiben sie Kriminelle. Sehr professionalisierte Kriminelle: Cyberangriffe sind in den vergangenen Jahren zu einem regelrechten Business geworden. Hacker operieren in der Regel als Gruppe, in der jedem Mitglied eine bestimmte Rolle zukommt. Die einen programmieren die Schadsoftware, andere spielen sie auf die Computer der Opfer. Wieder andere führen die Verhandlung über die Lösegelderpressung. Viele dieser Gruppen bieten ihre illegalen Dienste auch zum Verkauf an – „Cybercrime-as-a-Service“ nennt sich das dann. In den dunklen Ecken des Internets kann man diese Dienste buchen, Schadsoftware kaufen oder erbeutete Daten verkaufen. Beim Installieren der Schadsoftware gehen sie ebenfalls sehr strategisch vor: Sie machen technische Schwachstellen ausfindig, recherchieren, wen sie imitieren wollen, wem sie die E-Mail schicken, und analysieren Schreibstile und Vertrauensverhältnisse, um die E-Mail so glaubhaft wie möglich erscheinen zu lassen.

Wie aber kann man sich vor solchen Angriffen schützen? „Behörden und öffentliche Verwaltungen sollten mindestens die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) herausgegebenen IT-Sicherheitsstandards aufbauen und dauerhaft erfüllen“, rät Meywirth. „Daneben empfiehlt es sich, bereits vor einem Ernstfall mit der jeweils zuständigen Zentralen Ansprechstelle Cybercrime der Polizei einen initialen Kontakt herzustellen. Diese sind bei den Landeskriminalämtern und im BKA angesiedelt; die jeweiligen Kontaktdaten finden sich auf der Internetseite [www.polizei.de](http://www.polizei.de).“ Auf der Website des BSI gibt es viele Informationen zu Präventionsmaßnahmen, sowohl für Hackerangriffe allgemein als auch für Ransomware-Angriffe.

### Mission Cybersicherheit

Seit der russischen Invasion in die Ukraine ist die Anzahl der gemeldeten Cyberangriffe in Deutschland sprunghaft angestiegen. Wenn es darum geht, anderen Ländern zu schaden, gehören



Carsten Meywirth

Cyberangriffe mittlerweile standardmäßig zum Arsenal. Mit dem Fortschreiten der Digitalisierung wächst auch die Angriffsfläche für digitale Manipulationen. Deutschland muss seine Behörden mit allen Mitteln ausrüsten, um diese vor der wachsenden Bedrohung durch Cyberangriffe zu wappnen. Dazu ist qualifiziertes und motiviertes Personal notwendig. Denn auch, wenn sich die Arbeit in der digitalen Welt abspielt, braucht es immer noch Menschen, die die Cyberabwehr am Laufen halten.

Carsten Meywirth gibt einen Einblick, wie mehr Fachkräfte für die Arbeit in der Cyberabwehr und Cyberresilienz begeistert werden können: „Im Bundeskriminalamt verfolgen wir im Bereich des Cybercrime sicherlich eine sehr spannende Mission, was uns auch selbst tagtäglich unglaublich motiviert und zusammenschweißt. Das ist natürlich eine günstige Voraussetzung, um Fachkräfte zu werben – und gerade bei der Akquise helfen uns gutes Personalmarketing und professionelle Prozesse. Wenn wir aber nachhaltig wachsen wollen – und das müssen wir – bedeutet das, dass wir IT-Talente nicht nur gewinnen, sondern auch binden wollen.“ Das gelinge nur mit Offenheit für all die Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt.

Zu viel Bürokratie kann dagegen hinderlich sein: „Die amtlichen Organigramme mit all ihren Silos und Hierarchien sollten im Alltag so tief wie möglich in den Schubladen verschwinden“, erklärt Meywirth. „Dann kann man beginnen, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Wer schicke Notebooks ausgibt, Menschen aber ansonsten führt wie zu Zeiten von Diktiergerät und Schreibmaschine, wird scheitern. Wer große Innovationen fordert, aber jedes Fehlerchen moniert, ebenfalls.“ Nur, wer selbst offen und lernbereit sei, könne das auch von anderen erwarten – etwa, wenn es um die Akzeptanz unabdingbarer, bürokratischer Erfordernisse geht. „Ich glaube, in solch einer chancenorientierten Offenheit und echten Lernbereitschaft liegt enormes Potenzial für den öffentlichen Dienst insgesamt. Eine moderne Arbeitskultur kann man nicht verordnen, man lebt sie. Und das tun wir.“ dsc

dbb Podcast „DienstTag“

## „Kein Tag ist wie der andere“

Auch wegen der Abwechslung im Arbeitsalltag wollte Tanja Eißmann Lehrerin werden. Im neuen dbb Podcast erzählt sie, wie ihr Wunsch wahr wurde – und ganz schön Kraft kostet.

**B**ei uns an der Schule ist kein Tag wie der andere: verschiedene Fächer und Altersklassen und immer neue Herausforderungen. Spontanität hilft da manchmal mehr als ein lange vorbereitetes Unterrichtskonzept“, erzählt die 26-jährige Lehrerin aus Leipzig in Folge 14 von „DienstTag – Menschen, die Staat machen“.

Lehrerinnen und Lehrer haben ganz viel Freizeit und Ferien? „Und einen Halbtagsjob bei voller Bezahlung“, macht Eißmann die Klischeetüte voll. „Nein, das sind natürlich alles gängige Klischees, deswegen bin ich sicher nicht Lehrerin geworden.“ So viele Berufswünsche habe sie gar nicht gehabt, und seit der Grundschule fand sie den Beruf interessant. „Ich wüsste bis heute nicht, was ich sonst hätte studieren sollen, das war für mich schon ein Berufswunsch, der mich Jahrzehnte begleitet hat.“

Seit gut drei Monaten ist Tanja Eißmann jetzt im Regelschuldienst und hat ihre erste eigene Klasse bekommen, eine fünfte. Vor allem die 18 Monate Referendariat hätten sie ziemlich gut auf den Schulalltag vorbereitet. „Das Fachstudium war eher theoretisch, aber im Referendariat konnte ich meine eigenen Erfahrungen aus der Schule wissenschaftlich auswerten. Das hat mir sehr viel gebracht.“ Vielleicht sollte das ganze

Lehramtsstudium dualer aufgebaut werden, findet Eißmann.

Die junge Sächsin mit russischen Wurzeln bezeichnet sich selbst als Perfektionistin und sitzt oft bis spätabends an der Unterrichtsauswertung und -vorbereitung. „Wie viele Stunden das am Ende in der Woche sind, würde ich auch gerne wissen. Auf jeden Fall mehr als vierzig“, erzählt sie Moderatorin Steffi Schaller bei „DienstTag“. Tanja Eißmann sieht die Gefahr der Selbstaussbeutung: „Man muss halt auch auf sich selbst aufpassen, dass man nicht in Arbeit versinkt.“



Model Foto: Peopleimages.com/Colourbox.de

## #staatklar – das E-Zine der dbb jugend

#staatklar ist das Online-Magazin der dbb jugend – mit rund 150 000 Mitgliedern im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen eine der größten gewerkschaftlichen Jugendorganisationen in Deutschland.

#staatklar berichtet über aktuelle Themen und Entwicklungen im Staatsdienst, in der Daseinsvorsorge

sowie im Bereich der systemrelevanten Infrastruktur und hat dabei insbesondere die Interessen und Belange der jungen Menschen im Fokus.



Direkt zur aktuellen Ausgabe: [www.staatklar.org](http://www.staatklar.org) oder QR-Code scannen



## Verwaltungsdigitalisierung

# Bahn frei für Digital Natives

Die Digitalisierung im öffentlichen Dienst läuft schleppend. Um neue Potenziale zu heben, sollten Verwaltungen verstärkt auf die Erfahrungen junger Kolleginnen und Kollegen setzen, die mit der Digitalen Revolution aufgewachsen sind.

Wer Beschäftigte im öffentlichen Dienst fragt, wie digital ihr Arbeitsumfeld ist, bekommt oft sehr frustrierende Antworten: Nahezu alle kennen überflüssige Zettelwirtschaft, viele Prozesse ließen sich schon längst digital abwickeln. Vollständig digitalisierte, smarte Arbeitsplätze? Die gibt's im öffentlichen Dienst kaum. Zu diesem Ergebnis kommen auch zahlreiche Studien: In internationalen Rankings, wie dem E-Government Benchmark der Europäischen Kommission, schneidet Deutschland unterdurchschnittlich ab. Auch der nationale Normenkontrollrat, das Beratungsgremium der Bundesregierung für Entbürokratisierung, kritisiert regelmäßig den schlechten Digitalisierungsstand. Nicht zuletzt verdeutlichte auch die enttäuschende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, wie viel noch zu tun ist: Eigentlich sollten Bund, Länder und Kommunen alle Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 auch online anbieten. Von den circa 575 Leistungen waren bis Fristablauf gerade einmal 33 verfügbar.

Dieser Stand ist besonders bedauerlich, weil digitale Verwaltungsprozesse nutzerfreundlicher und effizienter sind – in der Digitalisierung schlummert enormes Potenzial. Bereits Online-Anträge mit vorgegebenen Eingabefeldern reduzieren Fehlerquellen in Anträgen. Managementsysteme, automatisierte Prozessschritte und künstliche Intelligenz können noch viel weitreichendere Verbesserungen erzielen. In der Privatwirtschaft ist die Technik längst erprobt, auch im öffentlichen Dienst gibt es einige positive Beispiele: Vorreiter sind unter anderem die Steuerverwaltung, die Bundesagentur für Arbeit und die Polizei.

Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck und keine Spielerei. Sie hat das vorrangige Ziel, den Arbeitsaufwand zu reduzieren. Das ist dringend erforderlich, da aufgrund des demografischen Wandels und Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst bereits jetzt zahlreiche Beschäftigte fehlen oder in den nächsten Jahren altersbedingt in den Ruhestand gehen werden. Mangelnde Digitalisierung gefährdet die Leistungsfähigkeit des Staates, was negative Auswirkungen mit sich bringt: einerseits im Hinblick auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, andererseits im Hinblick auf die wirtschaftliche Schlagkraft.

Aber wie Digitalisierung erfolgreich umsetzen? Dies erfolgt in der Regel über Digitalisierungsprojekte. Dabei arbeiten die zuständigen Fachabteilungen mit IT-Dienstleistern zusammen. Im öffentlichen Dienst fehlt das technische Know-how, um digitale Systeme und Prozesse selbstständig aufzubauen und zu betreiben. Eine Schlüsselrolle fällt Projektmanagerinnen und -managern zu, die erforderliche Transformationsprozesse gestalten und als Schnittstelle zwischen Verwaltung und IT vermitteln. Die übergeordnete Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie die Standardisierung in der Verwaltungsdigitalisierung steuert der sogenannte IT-Planungsrat. Dieser entwickelt gemeinsame IT-Komponenten, wie ein zentrales Unternehmenskonto, definiert technische Standards wie Datenaustauschformate und koordiniert umfangreiche Vorhaben, darunter die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.



Model Foto: Oleksandr Latkun/Colourbox.de

Wer die Digitalisierung im öffentlichen Dienst mitgestalten und in einem digitalen Arbeitsumfeld effizient arbeiten möchte, benötigt bestimmte Kompetenzen. Diese hat der IT-Planungsrat mit dem Projekt Qualifica Digitalis erarbeitet. Teils lassen sich die Kompetenzen im Selbststudium aneignen – eine Option ist der sogenannte eGov-

Campus, eine kostenlose Bildungsplattform. Empfehlenswerte Netzwerke, um niedrigschwellig Informationen auszutauschen, sind das Nationale E-Government-Zentrum (NEGZ) und der Verein Next.

Egal ob im eigenen Team, in Digitalisierungseinheiten oder auf gewerkschaftlicher Ebene – es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich bei der Digitalisierung der Verwaltung einzubringen. Gerade junge Menschen, die als Digital Natives mit digitalen Systemen aufgewachsen sind, haben hier einen Vorteil gegenüber älteren Kolleginnen und Kollegen. Mitgestaltung lohnt sich – denn wer heute die digitalen Strukturen mitgestaltet, gestaltet seinen Arbeitsplatz von morgen. Außer einer hohen Wirksamkeit bietet die Digitalisierung auch berufliche Entwicklungsperspektiven. Deshalb rufen wir, die AG Moderner Staat, dazu auf: „Digital Natives, bringt euch ein!“

Janna Melzer

### Die Autorin

Janna Melzer ist Referentin in der Hessischen Staatskanzlei und bei der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung. Außerdem ist sie Mitglied der AG Moderner Staat der dbb jugend bund.



# Hidden Champions des Tarifrechts?

Einige Vorschriften des TVöD/TV-L fliegen unter dem Radar und werden wenig beachtet. Manchmal sind sie sehr wichtig, manchmal ist es eher interessant, sie einordnen zu können. Hier folgt eine Auswahl aus allen Abschnitten der Tarifverträge.



© Fokussiert/stock.adobe.com

## Mehrere Arbeitsverhältnisse

Nach § 2 Abs. 3 TVöD/TV-L dürfen mehrere Arbeitsverhältnisse zu demselben Arbeitgeber nur begründet werden, wenn die jeweils übertragenen Tätigkeiten nicht in einem unmittelbaren Sachzusammenhang stehen. Andernfalls gelten sie als ein Arbeitsverhältnis. Dies kommt insbesondere im Eingruppierungsrecht zum Tragen: Hier wird nach § 12 TVöD/TV-L die *gesamte* (dauerhaft ausübende) Tätigkeit betrachtet, um eine einheitliche EG festzustellen, nach der der Beschäftigte für all seine Tätigkeiten vergütet wird. Einem höher eingruppierten Teilzeitbeschäftigten, der aufstocken möchte, kann also nicht einfach angeboten werden, die frei gewordenen Stunden auf einem tiefer bewerteten Arbeitsplatz für die niedrigere Vergütung zu übernehmen. Sofern die jeweiligen Tätigkeiten in einem unmittelbaren Sachzusammenhang stehen, müssen sie vielmehr zusammen betrachtet und insgesamt neu bewertet werden.

## Zuweisung und Abordnung

Zuweisungen und Abordnungen gemäß § 4 TVöD/TV-L sind vorübergehende Instrumente (im Gegensatz zu Versetzungen

und Personalstellungen, die auf Dauer angelegt sind). Bei einer Abordnung erfolgt die Beschäftigung unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses bei einer anderen Dienststelle oder einem anderen Betrieb desselben oder eines anderen Arbeitgebers. Die Zuweisung erfolgt dagegen (ebenfalls unter Fortsetzung des bestehenden Arbeitsverhältnisses) bei einem Dritten im In- und Ausland, bei dem der Allgemeine Teil des TVöD beziehungsweise des TV-L nicht zur Anwendung kommt. Die vorübergehende Beschäftigung bei der EU-Kommission würde also im Rahmen einer Zuweisung erfolgen, der Wechsel von einem Ministerium ins andere im Rahmen einer Abordnung.

## Rahmenzeit

Die in § 6 Abs. 7 TVöD/TV-L geregelte Rahmenzeit hat nichts mit dem Gleitzeitrahmen vieler Dienstvereinbarungen zum Thema Arbeitszeit zu tun. Ganz im Gegenteil: Die tarifliche Rahmenzeit, die mit einer Dauer von bis zu zwölf Stunden in der Zeit von 6 bis 20 Uhr – ebenfalls per Dienstvereinbarung – eingeführt werden kann, sagt etwas darüber aus, in welchen Stunden der *Arbeitgeber* Arbeitsleistung anordnen darf, ohne dafür Überstundenzuschläge zahlen zu müssen

(vgl. die Überstundendefinition in § 7 Abs. 7, 8 TVöD/TV-L). Der Gleitzeitrahmen regelt dagegen, in welcher Zeitspanne der *Arbeitnehmer* selber den Beginn und das Ende seiner täglichen Arbeitszeit festlegen darf.

## Bereitschaftszeit

Die Bereitschaftszeit des § 9 TVöD/TV-L hat nichts mit dem in § 7 Abs. 3 TVöD/TV-L definierten Bereitschaftsdienst zu tun. *Bereitschaftsdienst* leisten Beschäftigte, die sich auf Anordnung des Arbeitgebers *außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit* an einer vom Arbeitgeber bestimmten Stelle aufhalten, um im Bedarfsfall die Arbeit aufzunehmen. *Bereitschaftszeiten* sind dagegen die Zeiten, in denen sich die/die Beschäftigte *innerhalb der Arbeitszeit* am Arbeitsplatz oder einer anderen vom Arbeitgeber bestimmten Stelle zur Verfügung halten muss, um im Bedarfsfall die Arbeit selbstständig oder auf Anordnung aufzunehmen. Liegen die Voraussetzungen des § 9 TVöD/TV-L vor, werden die Bereitschaftszeiten zur Hälfte als Arbeitszeit gewertet und müssen nicht gesondert ausgewiesen werden.

## Eingruppierung in besonderen Fällen

Grundsätzlich ändert sich die Eingruppierung eines Beschäf-

tigten dadurch, dass ihm eine andere Tätigkeit übertragen wird (und nach der Änderung im erforderlichen zeitlichen Umfang Arbeitsvorgänge anfallen, die die Merkmale der höheren Entgeltgruppe erfüllen). In den besonderen Fällen des § 13 TVöD/TV-L ändert sich die Eingruppierung dagegen, ohne dass dem Beschäftigten eine andere, höherwertige Tätigkeit übertragen wurde. Das kann geschehen, wenn sich bei gleichbleibender Tätigkeit die Anforderungen ändern, beispielsweise jetzt vielseitige statt nur gründliche Fachkenntnisse erforderlich sind, oder sich die Zeitanteile von Arbeitsvorgängen verschieben.

## Pauschalierung von Zuschlägen

Unständige monatliche Bezügebestandteile von 70,68 Euro im ersten, 69,20 Euro im zweiten und 73,18 Euro im dritten Monat? Dann kann der Arbeitgeber stattdessen gemäß § 24 Abs. 6 TVöD/TV-L eine günstigere Pauschale von zum Beispiel 90 Euro anbieten. Kommt das zustande, haben beide etwas davon: Der Beschäftigte erhält mehr, als er bei „spitzer“ Abrechnung zu erwarten hätte – der Arbeitgeber erspart sich den Rechenaufwand. Achtung: Die Pauschalierung kann nur

durch Individualvereinbarung und nicht per Dienstvereinbarung geregelt werden.

## Arbeitsbefreiung

Vom Arbeitgeber bezahlte Arbeitsbefreiung wegen der schweren Erkrankung eines Kindes, das das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, erhalten (im Umfang von bis zu vier Arbeitstagen pro Kalenderjahr) nach § 29 Abs. 1 e), bb) TVöD/TV-L nur solche Beschäftigte, die im fraglichen Jahr keinen Anspruch auf „Kinderkrankengeld“ nach § 45 SGB V haben oder hatten. Sind dagegen Beschäftigter und Kind beide gesetzlich versichert, kürzt der Arbeitgeber das Entgelt für die Fehltage. Der Beschäftigte erhält von der Krankenkasse (betragsmäßig niedrigeres) Krankengeld für mehr Fehltage.

## Beschäftigung über die Altersgrenze hinaus

Vor Erreichen der Regelaltersrente kann ein Hinausschieben des Beendigungszeitpunktes nach § 41 Satz 3 SGB VI vereinbart werden, wie § 33 Abs. 1 Buchst. a) TVöD klarstellt. Soll dagegen der Beschäftigte, dessen Arbeitsverhältnis mit Erreichen der Altersgrenze bereits geendet hat, weiterbeschäftigt werden, ist dazu gemäß § 33 Abs. 5 TVöD/TV-L ein neuer schriftlicher Arbeitsvertrag abzuschließen. Es stellen sich – mindestens bei Tätigkeitsveränderung – Fragen der Stufenzuordnung sowie möglicher Sachgründe für Befristungen.

## Beschäftigungszeit

Die Beschäftigungszeit ist gemäß § 34 Abs. 3 TVöD/TV-L die bei demselben Arbeitgeber im

Arbeitsverhältnis zurückgelegte Zeit, auch wenn sie unterbrochen ist. Sie ist wichtig für die Kündigungsfrist, eine mögliche Unkündbarkeit, die Dauer des Krankengeldzuschusses und den Zeitpunkt des Jubiläumsgeldes. Für die beiden letztgenannten Aspekte zählen auch die vor einem nahtlosen Wechsel bei anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes verbrachten Zeiten.

## Ausschlussfrist

Fällige Ansprüche müssen nach § 37 TVöD in Textform (E-Mail reicht) beziehungsweise nach § 37 TV-L schriftlich geltend gemacht werden. Unbedingt beachten: Eine Bitte um Überprüfung der Eingruppierung reicht nicht aus, es muss ein konkreter Anspruch geltend gemacht werden. ■

Ausgewählte Veranstaltungen aus unserem Tarifbereich, die auch inhouse angeboten werden:

### Tarifrecht total

19. bis 23. Februar 2024 in Bonn  
15. bis 19. Juli 2024 in Berlin

### Entgelt und

### Eingruppierung total

15. bis 19. April 2024 in Bonn  
7. bis 11. Oktober 2024 in Berlin

### eCampus TVöD/TV-L

### Grundschulung vormittags

15. bis 19. Januar 2024 online  
11. bis 15. März 2024 online

### eXPERTE im Eingruppierungsrecht

5. bis 9. Februar 2024 online  
17. bis 21. Juni 2024 online

Weitere Grundschulungen und Spezialthemen zum Arbeits- und Tarifrecht finden sie auf unserer Homepage über nebenstehenden QR-Code:



## Personal und Moderne Verwaltung

# Plädoyer für eine zeitgemäße Organisationskultur

Die Bundesregierung strebt die Transformation der öffentlichen Verwaltungen an. Um auf die steigenden Anforderungen an Staat und Verwaltung reagieren zu können, sollen sie bürgerorientiert, digital, mitarbeiterorientiert, nachhaltig, wirtschaftlich, kooperativ, strategisch sowie projekt- und wirkungsorientiert werden. Nur wenige Verwaltungen schaffen es, diese Vorgaben umzusetzen. Es mangelt an der Integration der Beschäftigten in die Modernisierungsvorhaben.



Fotos: Colourbox.de (2)

Viele Beschäftigte in den Verwaltungen sind Umfragen zufolge unzufrieden mit dem (Neo-)Weberianischen Bürokratiemodell, das bis heute geprägt ist von Amtshierarchie, Aktenmäßigkeit und Regelgebundenheit. Veränderungen kommen jedoch nicht von selbst. Der Aufwand, unzeitgemäße Denkweisen über das Verwaltungshandeln zu transformieren, ist groß. Jörg Bogumil schreibt in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): „Verwaltungsreformen scheitern daher vor allem an starken Beharrungskräften in den Organisationen.“

Eine provokante These: In der privaten Wirtschaft würde das Leistungspotenzial einer öffentlichen Verwaltung zum Bankrott führen, weil sie nicht wettbewerbsfähig wäre. Da die öffentlichen Verwaltungen und deren Aufgabenbereiche jedoch nahezu konkurrenzlos sind, sehen die meisten Verwaltungen keinen dringenden Handlungsbedarf, moderner und innovativer zu werden. Die Gefahr dabei ist, dass die Diskrepanz zwischen der schnelllebigen, digitalisierten Privatwirtschaft, der Gesellschaft und den öffentlichen Verwaltungen zu groß wird. Diese unterschiedlichen Entwicklungsstände führen zu Verzögerungen und Überbürokratisierung,

die letztlich negative Auswirkungen auf wirtschaftliches Handeln und die Lebensumstände der Bürger:innen haben.

In den Verwaltungen setzt sich langsam die Einsicht durch, dass das Handeln nach „Schema F“ bei den Bürger:innen und Mitarbeiter:innen zu Frust, Unmut und einer inneren Abkehr von Ämtern und Behörden führt. Auch wirkungsorientierte, ressourcenschonende und nachhaltige Projektarbeit wird durch strikt vordefinierte und unflexible Arbeitsabläufe massiv eingeschränkt. Digitalisierung allein wird den Gordischen Knoten nicht durchschlagen. Wenn Verwaltung moderner werden soll, muss an vielen anderen Stellschrauben gedreht werden. Folgende Vorschläge zielen auf die Veränderung von Denkweisen. Sie kosten kein Geld, sondern erfordern das Engagement und den Willen, Prozesse und Arbeitsabläufe zu überdenken.

## Zielgruppenorientiert und strategisch denken

Viele Verwaltungen haben meist eine Vorstellung davon, wie sich die Kommune oder das jeweilige Ressort weiterentwickeln soll. Oft aber fehlen kurzfristige und langfristige Strategien, interne

Strukturen und Prozesse zu transformieren. Warum auch, wenn doch Arbeitsprozesse seit Jahrzehnten vordefiniert sind und die Verwaltung als Exekutive diese einfach umsetzen muss. Dabei gibt es Spielräume, Prozesse zu verschlanken, Bürokratie eigenständig abzubauen und bürgerorientierter zu denken. Die einzelnen Fachbereiche in den Verwaltungen sollten sich Gedanken machen, welche Ziele sie in Zukunft in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich erreichen wollen, um die übergeordneten Ziele der Behörde oder Kommune zu erreichen. Welche Aktionen und Maßnahmen sind dazu erforderlich? Wie kommunizieren wir mit unseren Zielgruppen? Wie können wir ihre Bedürfnisse und Erwartungen am besten erfüllen? Sind die Handlungen der Verwaltung für Außenstehende verständlich und nachvollziehbar? In Strategieworkshops, die mit einer Befragung der Zielgruppen einhergehen, können Beschäftigte die Sinnhaftigkeit von Arbeitsabläufen reflektieren. Sie wissen letztlich am besten, ob einzelne Schritte im Gesamtprozess notwendig und logisch sind.

## Wirkungsorientiert und wirtschaftlich denken

Unternehmen passen ihre Produkte regelmäßig in Funktionalität und Design sowie ihre Arbeitsprozesse in Effizienz und Reaktionsfähigkeit an sich verändernde Rahmenbedingungen an, um wirtschaftlich zu operieren und um Gewinne sicherzustellen. Da Verwaltungen von anderen Prämissen ausgehen, ist die Notwendigkeit, ihre „Produkte“ und Arbeitsprozesse zu hinterfragen, vordergründig nicht erforderlich. Die Folgen dieses Trugschlusses bekommen sie erst zu spüren, wenn der Unmut der Bevölkerung wächst, weil öffentliche Dienstleistungen träge und unmodern sind, wenn Unternehmen sich aufgrund schwacher Verwaltungsdienstleistungen nicht ansiedeln oder gar wegziehen. Welche Wirkung hat Verwaltungshandeln auf die Kommune und die jeweiligen Zielgruppen? Wie können Digitalisierung und Prozessoptimierung dabei helfen, Dienstleistungen effizienter und schneller zu machen? Wie kann die Verwaltung ressourcenschonend für Finanzen, Personal und Materialien arbeiten? Um diesen Fragenkatalog abzuarbeiten, sollten vorab die grundsätzlich zu erfüllenden gesetzlichen Voraussetzungen geprüft werden. Nach der Bestandsaufnahme können Zielgruppen und Beschäftigte beteiligt werden, um Lösungen zu erarbeiten, die wirtschaftlich und vor allem wirkungsorientiert sind.

## Agiles Arbeiten fördern

Der „Kosmos Verwaltung“ ist meist das komplette Gegenteil der schnelllebigen, innovativen und sich immer wieder anpassenden Welt der Privatwirtschaft. Agiles Arbeiten bedeutet nichts anderes als die Etablierung von Arbeitsweisen, die Teams dazu befähigen, sich den Veränderungen ihrer Umgebung schneller anzupassen und kurzfristig zu reagieren. Wie gelingt das? Teams benötigen dazu mehr Eigenverantwortung. Bei Großprojekten sollten verschiedene Fachbereiche von der Konzeption an in Projektgruppen zusammenarbeiten. Hausinterne bürokratische Hürden müssen abgebaut werden, damit Beschäftigte schnell und bestmöglich reagieren können. Methoden wie Kanban, SCRUM oder Design-Thinking können helfen, Teams agiler arbeiten zu lassen und sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der „Kunden“ zu orientieren. Mitglieder einer Projektgruppe sollten nach ihren Kompetenzen ausgewählt und Großprojekte in kleinere „Arbeits-

pakete“ aufgeteilt werden, die dann diejenigen ausführen, die dies am besten umsetzen können. Ebenso sollte es erlaubt sein, Fehler zu machen. Das gelingt mit dem Leitstern-Prinzip, welches eine grobe Zielrichtung vorgibt. Das Zulassen von „Trial-and-Error“-Verfahren gibt die Flexibilität, Dinge auszuprobieren und anzupassen, wenn der gewünschte Effekt nicht erzielt wird. Nur eine lernende Organisation wird produktiver und effizienter.

## Attraktivität steigern

Ein „08/15“-Job in der Verwaltung ist primär für Quereinsteiger höchst unattraktiv. Gerade diese werden künftig jedoch gebraucht, um dem Fachkräftemangel wirkungsvoll zu begegnen. Deshalb müssen Verwaltungen verstehen, was potenzielle Arbeitnehmer:innen erwarten. Bewerber:innen wünschen heute nicht nur eine auskömmliche Bezahlung, sondern vor allem ein modernes Arbeitsumfeld mit Wertschätzung, einer freundlichen Arbeitsatmosphäre, eigenverantwortlichem Handeln und mit Führungskräften, die als konstruktive Begleiter agieren sowie flexible, ortsungebundene Arbeit unterstützen. Wenn selbst eine größere Hotelkette ihre Köche stundenweise ins Homeoffice schickt, um neue Menüs zu erstellen und Waren zu bestellen, dann sollte auch eine moderne Verwaltung in der Lage sein, für „bürger:innenintensive“ Fachbereiche oder Dienstleistungsaufgaben zu identifizieren, die ortsungebunden erledigt werden können, etwa Online-Beratungsgespräche oder Backoffice-Aufgaben.

Arbeitgeberattraktivität bedeutet mehr, als lediglich Extraleistungen anzubieten. Jobräder, Betriebssport, Betriebsrenten und Weiterbildungsangebote sind gute Argumente für einen Job im öffentlichen Dienst. Genauso wichtig sind jedoch eine zeitgemäße Organisationskultur und ein Umgang mit Beschäftigten, der Empowerment beinhaltet. Nur wenige Mitarbeitende in einer Verwaltung erwarten ernsthaft Loungebereiche und Wohlfühlloasen. Sie wollen, dass Arbeitgebende ihnen auf Augenhöhe begegnen und Wertschätzung zeigen.

*Daniela Kuzu*



### Die Autorin

Daniela Kuzu ist Beigeordnete der Fontanestadt Neuruppin, studierte Politikwissenschaftlerin und Konfliktmanagerin sowie ausgebildete Organisationsentwicklerin. Ihre Spezialgebiete sind Führungskräfteentwicklung und die Schaffung von Organisationskulturen.

## Gigabit-Ausbau

## IT-Branche fordert bessere Rahmenbedingungen

Gigabit-Breitbandnetze sind eine Grundvoraussetzung für die Digitalisierung der Bundesrepublik. Branchenverbände aus dem Bereich der IT- und Telekommunikationswirtschaft fordern von der Politik bessere Rahmenbedingungen für einen schnellen Ausbau.

Zur Halbzeit der Legislaturperiode stehen wichtige Weichenstellungen für den Telekommunikationssektor in Deutschland an: Mit der Gigabit-Strategie hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr ein umfangreiches Maßnahmenpaket veröffentlicht. Überdies sollen von der EU-Ebene neue Impulse für den Glasfaser- und Mobilfunkausbau ausgehen. Beim Gigabit-Symposium der Telekommunikations- und IT-Verbände ANGA, Bitkom, BREKO, BUGLAS, eco und VATM am 14. November 2023 in Berlin stand primär die Frage im Mittelpunkt, welche Auswirkungen diese politischen Vorhaben auf die Marktsituation und das Ausbautempo haben werden. Die Verbände fordern eine Verbesserung der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen, damit das sehr ambitionierte Ziel der Bundesregierung eines flächendeckenden Ausbaus von Glasfasernetzen und des neuesten Mobilfunkstandards bis zum Jahr 2030 erreicht werden kann.

„Die Branche treibt den eigenwirtschaftlichen Ausbau mit allen Kräften voran. Aber die Hürden haben sich teilweise sogar erhöht. Ein Aspekt bleibt die zögerliche Nachfrage nach Glasfaseranschlüssen in der Bevölkerung. In dieser Phase darf die Politik keinesfalls neue Hemmnisse aufbauen“, unterstreicht Thomas Braun, Präsident des Breitbandverbandes ANGA, der die Interessen von knapp 200 Unternehmen der deutschen Breitbandbranche vertritt.

### Wirtschaftlichkeit

Weiter müsse der Ausbau für die Unternehmen refinanzierbar sein. „Vor allem im Inhousebereich muss die Politik gegensteuern und mit der Branche zusammen Lösungen finden, wenn sie es mit dem ‚Fiber To The Home‘-(FTTH-)Ziel für 2030 ernst meint“, fordert Braun. Für einen erfolgreichen Glasfaserausbau in Deutschland spielt zudem freier Zugang (Open Access) eine essenzielle Rolle. Wie kann der heterogene deutsche TK-Markt im Sinne des flächendeckenden Glasfaserausbaus zusammengebracht werden? „Open Access ist unverzichtbar“, sagt Theo Weirich, Präsident des Bundesverbandes Glasfaseranschluss (BUGLAS). Das setze jedoch gleiche Wettbewerbsbedingungen voraus. „Dazu müssen alle Beteiligten über ihren Schatten springen und über persönliche Schmerzgrenzen hinweggehen. Bestehende Hürden bei der gegenseitigen Nutzung beziehungsweise beim Zugang müssen endlich überwunden werden.“

### Konkurrenzfähigkeit

Auch Vorgaben der EU haben entscheidenden Einfluss auf den Telekommunikationsmarkt. „In Brüssel müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Glasfaserausbau unterstützen und nicht verlangsamen – auch in Deutschland mit seinen individuellen Marktbesonderheiten, die es zu berücksichtigen gilt“, appelliert der Vizepräsident des Bundesverbandes Breit-

bandkommunikation (BREKO), Karsten Kluge. „Die aktuelle Ausbaudynamik sollte weder durch die Überlegungen im Rahmen des Digital Networks Acts noch durch den aktuell noch in Verhandlungen befindlichen Gigabit Infrastructure Act (GIA) gehemmt werden. Deshalb muss die Kommission in den anstehenden Trilog-Verhandlungen zum GIA die positiven Impulse des Europäischen Rates aufnehmen, um im ursprünglichen Entwurf angelegte Ausbaubremsen zu beseitigen.“

Auch für den Präsidenten des Verbandes der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM), David Zimmer, steht fest: „Europa wird die Ziele der ‚Digitalen Dekade‘ nur erreichen, wenn die Besonderheiten der nationalen TK-Märkte berücksichtigt werden. Dazu gehören im deutschen Markt aktive Produkte wie Bitstrom.“ Für den schnellen Glasfaserausbau im Zuge von GIA müssten Genehmigungsfiktionen, Digitalisierung von Verwaltungsakten und die Verkürzung der Verfahrensfristen schnellstmöglich umgesetzt werden. Weiter müssten Verbraucherschutzregelungen, Cybersicherheits- und Resilienzvorgaben im Gesamtzusammenhang mit der digitalen Transformation betrachtet werden.

### Nachhaltigkeit

Neben den Themen des Netzausbaus diskutierte die Branche auch über die Regulierung von Inhalten. Mit Blick auf den Digital Services Act (DSA) betont Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung: „Der DSA stärkt den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in der digitalen Welt und schafft einen EU-weiten, harmonisierten Rechtsrahmen. Nicht erst nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel verbreiten sich falsche Informationen im Internet rapide; Online-Plattformen stehen hier besonders im Fokus. Deutschland muss nun schnell das Digitale Dienste Gesetz einführen, um den DSA umzusetzen und bestehendes Recht anzupassen. Wichtig ist dabei, dass die Bundesnetzagentur in ihrer Rolle als Digital Services Coordinator mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet wird.“

Weiterhin hat die Branche jenseits regulatorischer und wirtschaftlicher Aspekte auch Nachhaltigkeit im Blick. „Wenn wir mehr Nachhaltigkeit schaffen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhalten wollen, muss die Bundesregierung den flächendeckenden Ausbau Gigabit-fähiger Netze massiv vorantreiben“, appelliert Klaus Landefeld, Vorstand von eco – Verband der Internetwirtschaft. Dies gelinge nur durch ein Zusammenspiel von eigenwirtschaftlichem Ausbau und staatlicher Förderung. „Genauso bildet ein digitales Ökosystem, das aus leistungsfähigen Glasfasernetzen, Mobilfunknetzen der neuesten Generation und energieeffizienten Rechenzentren besteht, das Fundament zum Erreichen der Klimaziele. Dazu muss die Ampel auch den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen“, so Landefeld. ■





## DUALES STUDIUM: BACHELOR OF PUBLIC ADMINISTRATION

Mit dem Bachelor-Studium „Public Administration“ werden Sie ideal auf Ihre verantwortungsvolle Aufgabe in der Bundeswehrverwaltung vorbereitet. Dabei bauen Sie Ihr Fachwissen in der Theorie und Praxis kontinuierlich aus. Im Anschluss an Ihr Studium stehen Ihnen verschiedene Tätigkeiten und Bereiche der Bundeswehrverwaltung offen, darunter Beschaffungswesen, Finanzen und Controlling, Personalwesen oder Infrastrukturmanagement und Umweltschutz. Als Expertin bzw. Experte sorgen Sie dafür, dass es den Soldatinnen und Soldaten im In- und Ausland an nichts mangelt.

### IHR STUDIUM AUF EINEN BLICK.

- Sie absolvieren als Beamtenanwärterin bzw. -anwärter ein duales Studium mit Fachstudien und berufspraktischen Anteilen (vier Studiensemester und zwei Praxissemester).
- Sie erhalten in den drei Jahren eine qualifizierende Laufbahnausbildung in der Bundeswehrverwaltung und durchlaufen den Studiengang „Public Administration“ an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Mannheim.
- Sie bekommen nach erfolgreichem Studienabschluss den akademischen Grad „Bachelor of Laws (LL.B.)“ verliehen und erlangen zugleich die Laufbahnbefähigung für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst.

### IHRE QUALIFIKATIONEN

- Sie haben mindestens die Fachhochschulreife, die Hochschulreife oder einen hochschulrechtlich als gleichwertig anerkannten Bildungsabschluss.
- Sie haben zum Zeitpunkt der Verbeamtung das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet und besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft.

### IHRE VORTEILE

- Sie arbeiten bei einem anerkannten Arbeitgeber und erhalten von Beginn an ein attraktives Gehalt nach BBesG.
- Sie werden zu Beginn Ihrer Laufbahnausbildung zur Beamtenanwärterin bzw. zum Beamtenanwärter ernannt und nach dem Studium sowie einer erfolgreichen dreijährigen Probezeit i. d. R. in den Beamtenstatus auf Lebenszeit übernommen.

### STARTEN SIE JETZT IHRE KARRIERE

Weitere Informationen erhalten Sie auf [bewerbung.bundeswehrkarriere.de](https://bewerbung.bundeswehrkarriere.de) (Job-ID: 208S\_1024\_MAN-E). Bewerben Sie sich dort bis zum **31. Januar 2024** für eine Einstellung ab Oktober 2024. Bitte beziehen Sie sich hierbei auf das „DBB Magazin“.

### HABEN SIE FRAGEN ZUR AUSGESCHRIEBENEN STELLE?

Herr Ernst (02203 105 2712)

E-Mail: [ac-bewerbung-anwaerter@bundeswehr.org](mailto:ac-bewerbung-anwaerter@bundeswehr.org)

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Qualifikation und Eignung bevorzugt eingestellt. Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Die Bundeswehr begrüßt Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund.

**ZIVILISTIN.DE**

Karriere geht auch ohne Uniform.  
Jetzt informieren und bewerben!

oder 0800 9800880  
(bundesweit kostenfrei)



JETZT BEWERBEN!



BUNDESWEHR

## Personalmangel im öffentlichen Dienst

# Dem Staat fehlen über 500 000 Beschäftigte

Der dbb hat die Staatsaufgaben erneut mit dem vorhandenen Personal abgeglichen. Das Ergebnis ist verheerend.



Foto: Andreas Berheide/Colourbox.de

Regelmäßig fragt der dbb den Personalbedarf in den einzelnen Arbeitsbereichen des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche bei seinen Fachgewerkschaften ab. Aktuell fehlen dem Staat demnach mindestens 551 500 Beschäftigte. Auch der ständige Aufgabenzuwachs bei den Kommunen schlägt sich deutlich in der Erhebung nieder. Zu der bisher umfassendsten Analyse der Personalsituation des öffentlichen Dienstes erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 7. November 2023): „Wir haben noch weitere Berufsgruppen in unsere Abfrage integriert, etwa Bundeswehrbeschäftigte, Richter und Lebensmittelkontrolleure. Bei Pflege, Schulen und Kitas sind jetzt alle Teilbereiche und Trägerschaften erfasst, nicht mehr nur staatliche Träger. Sonderbelastungen kommen hinzu – etwa die Grundsteuerreform und die höheren Schülerzahlen aufgrund des Migrationsdrucks. Und dann ist da noch der sich weiter fortsetzende Abgang der Babyboomer.“ In den nächsten zehn Jahren scheidet 1,36 Millionen (das entspricht 27 Prozent) der Beschäftigten altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus.

Neben besseren Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst etwa durch konkurrenzfähige Gehälter forderte der dbb Chef erneut, die Aufgaben der Verwaltungen zu reduzieren: „Wir müssen dringend an die Digitalisierung und den Bürokratieabbau ran. Das wird zwar immer viel in Sonntagsreden versprochen, aber tatsächlich passiert kaum etwas.“ Der dbb hat bereits in der Vergangenheit immer wieder einen gesellschaftlichen Dialog darüber angemahnt, welche Leistungen vom Staat erbracht werden sollen. Diese Auseinandersetzung werde von den Verantwortlichen gerade in Bund und Ländern aber gescheut. „Die Bundesregierung ist an unserer Expertenmeinung nicht interessiert. Das merken wir schon daran, dass uns in Gesetzgebungsverfahren oft nur noch 24 Stunden Zeit für Stellungnahmen eingeräumt werden. Das ist kein ernsthafter Dialog.“



Dr. Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik

## Der öffentliche Dienst muss noch stärker als attraktiver Arbeitgeber bekannt gemacht werden

**B**eim Bürgerservice ist die Bundesrepublik immer noch eine digitale Dienstleistungswüste, jede Bank ist in Sachen Online-Service besser als der Bund. Warum dauert das alles so lange?

Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass die Verwaltung in vielen Bereichen schon digitaler ist, als es der Ruf vermuten lässt. Wir haben eine funktionierende digitale Infrastruktur aufgebaut und bieten mit dem Online-Ausweis sowie der BundID sichere Authentifizierungsmöglichkeiten im digitalen Raum. Viele Verwaltungsleistungen sind bereits bundesweit online verfügbar, zum Beispiel das Elterngeld, die Anmeldung zu Integrationskursen, der Antrag auf BAföG oder das Bürgergeld. Im Falle der Energiepreispauschale haben wir es Anfang des Jahres sogar geschafft, innerhalb weniger Wochen eine Online-Plattform bereitzustellen, mit der das Antragsverfahren vollständig digital abgewickelt wurde und dank der es vom Antrag bis zur Auszahlung der „Einmalzahlung“ oft nur wenige Tage gedauert hat. Darüber hinaus ist heute schon fast jede andere Verwaltungsleistung, vom Bauantrag bis zur Ummeldung, ebenfalls digitalisiert – aber eben noch nicht flächendeckend verfügbar. Das liegt an unserer föderalen Struktur und dezentralen Zuständigkeiten. Wir arbeiten aber unter Hochdruck daran, dass sich alle Bundesländer an die bereits verfügbaren digitalen Angebote anschließen, sodass diese bald überall online verfügbar sind. Das nennt sich „Einer für alle“-Prinzip: Ein Land entwickelt eine Lösung und alle anderen nutzen diese nach. Das spart Zeit, Kosten und Ressourcen. Aber im Föderalismus kommt man hier eben nur Schritt für Schritt voran.

Trotzdem haben Sie natürlich recht: Wir werden aktuell den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger an eine digitale Verwaltung nicht gerecht und vieles dauert länger, als auch wir es wünschen. Dass die digitale Transformation der Verwaltung länger dauert als bei einer Bank oder einem Unternehmen, liegt an den viel komplexeren Strukturen, die wir als föderal organisierter Staat haben. Es gibt ein komplexes Geflecht an Zuständigkeiten und kein „Top-down-Prinzip“. Dazu kommen unterschiedliche Digitalisierungsstände in den Bundesländern, eine stark heterogene IT-Landschaft – und gerade zu Beginn der OZG-Umsetzung anfänglich fehlende Strukturen zur Verwaltungsdigitalisierung, die zunächst einmal aufgebaut werden mussten. Das kostet alles Zeit. Weitere Gründe sind fehlende personelle und fachliche Ressourcen und eine zum Teil recht unterschiedliche Priorisierung des Ressourceneinsatzes auf Fachseite.



© Henning Schacht

**„Die BundID ist eine wesentliche Voraussetzung für die deutschlandweite bürgernahe und moderne digitale Verwaltung.“**

**Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass viele IT-Systeme zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht kompatibel sind. Verfahren, Prozesse und Authentifizierungen müssen ebenso vereinheitlicht werden wie Hard- und Software. Wie stemmen Sie diese Herkulesaufgabe?**

Das BMI hat im Rahmen der OZG-Umsetzung über Jahre eine nachhaltige Arbeitsstruktur für die interföderale Zusammenarbeit etabliert. Nun soll die Erarbeitung eines strategischen Zielbilds die Grundlage für einen Prozess zur Gestaltung einer ganzheitlichen IT-Architektur schaffen, eine sogenannte „OZG-Rahmenarchitektur“. Diese OZG-Rahmenarchitektur bildet mittels verbindlicher Standards, einheitlicher Schnittstellen und zentraler Basisdienste und -komponenten die Grundlage für eine effiziente, vertrauenswürdige und digital souveräne digitale Verwaltung. Durch die gezielte Weiterentwicklung von Infrastrukturkomponenten und Diensten sowie die Wiederverwendung zentraler IT-Lösungen entsteht eine ganzheitliche Digitalisierung. Diese schafft eine klare Ausrichtung für alle beteiligten Akteure.

**Eine Schlüsselrolle kommt dabei der BundID zu. Sie ist mit rund drei Millionen Nutzern aber noch nicht in der Bevölkerung angekommen, zumal ihr praktischer Nutzen für Bürgerinnen und Bürger noch sehr überschaubar ist. Ein Henne-Ei-Problem, oder?**

Die BundID ist eine wesentliche Voraussetzung für die deutschlandweite bürgernahe und moderne digitale Verwaltung. Sie ist in über 110 Online-Dienste und Portale eingebunden, darunter „BAföG Digital“, „Elterngeld Digital“, „i-KFZ“ und „Mein Justizpostfach“ (MJP). Weitere Online-Dienste werden vorbereitet, so zum Beispiel circa 70 Dienste der Bundesagentur für Arbeit. Hessen, Berlin und Brandenburg sind in diesem Jahr auf die BundID umgestiegen; weitere sieben haben diesen Schritt angekündigt. Das ist auch ein Ergebnis der guten Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Die BundID, die derzeit von über 3,4 Millionen Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird, bekommt durch das immer größer werdende Angebot stetig mehr Sichtbarkeit und praktischen Nutzen.

**Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat Eckpunkte für eine moderne und zukunftsgerichtete Verwaltung vorgelegt. Der Bundeskanzler hat Anfang September den Deutschland-Pakt vorgestellt, der ebenfalls eine schnellere Digitalisierung zum Ziel hat. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kommen in diesen Eckpunkten allerdings nicht vor. Wo holen Sie sie ab?**

Um die Zukunftsfähigkeit der Behörden sicherzustellen, ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der digitalen Kompetenzen des Personals in der Bundesverwaltung von entscheidender Bedeutung. Daher wurde im Jahr 2021 die „Digitale Kompetenzinitiative Bund“ ins Leben gerufen. Die Initiative ist ein integrierter und systemischer Ansatz, um die Beschäftigten in der Bundesverwaltung zum einen zu qualifizieren und zum anderen zu vernetzen.

In der Digitalstrategie der Bundesregierung wird der Auftrag der „Digitalakademie Bund“ beschrieben, daraus leiten sich zwei konkrete Maßnahmen ab: erstens die Transformationspaten für Digi-

talisierung. Mit Transformationspaten werden Mitarbeitende befähigt, digitale Transformationsprojekte zu leiten und gleichzeitig als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu agieren. Und zweitens die #digitaljourney. Sie bringt oberste Führungskräfte aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung an drei unterschiedlichen Lernorten in Deutschland zusammen. Ziel ist es, die behördenübergreifende Vernetzung zu fördern und für das Thema digitale Transformation und Kompetenzen zu sensibilisieren.

Aber auch in den begleitenden Eckpunkten zur OZG-Novellierung benennen wir die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung als Erfolgsfaktor für eine moderne Verwaltung. Wie bereits gesagt: Im Fokus stehen Qualifizierung und Vernetzung. Mit der fachneutralen und ressortübergreifenden Zusammenarbeitsplattform der Bundesregierung, GovLabDE, wird daher die Kooperation zwischen den Ressorts und mit Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit neuen Methoden in moderner Arbeitsumgebung und neuer Geschwindigkeit unterstützt.

**Werden europäische Vorgaben Deutschland bei der Digitalisierung auf die Sprünge helfen? Zum Beispiel sollen die Systeme der sozialen Sicherheit digital so vernetzt werden, dass Freizügigkeit besser funktioniert. Voraussetzung dafür ist ein einheitlicher Digital Gateway für alle EU-Bürger. Dessen Grundlage ist in Deutschland wiederum das Onlinezugangsgesetz, das seine Ziele bisher weit verfehlt hat.**

Ja, europäische Vorgaben können Deutschlands Digitalisierungsbestrebungen unterstützen. Ein Beispiel ist die Entscheidung, das nationale Once-Only-Techniksystem (NOOTS) mit den Vorgaben des Single Digital Gateway (SDG) der EU zu verknüpfen. Dies stärkt die Umsetzung des Once-Only-Prinzips in Deutschland. Für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger wird es einfacher, von Land zu Land zu wechseln, ohne bei jeder Behörde persönlich vorstellig zu werden. Für die Sozialversicherung existiert bereits ein EU-weites Datenaustauschsystem, das künftig noch erweitert werden könnte. Natürlich immer unter Beachtung der bestehenden Datenschutzbestimmungen.

**Der Fachkräftemangel trifft den IT-Bereich im öffentlichen Dienst besonders hart. Vielen Fachkräften sind die Konditionen einfach nicht attraktiv genug. Wie kommt der Staat trotzdem an die dringend benötigten Spezialistinnen und Spezialisten?**

Die Konditionen und Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst werden zunehmend attraktiver, auch für Fachkräfte im IT-Bereich. Das Dienst- und das Tarifrecht bieten hier bereits attraktive Instrumentarien. Die Bundesverwaltung und der öffentliche Dienst als Ganzes können jedoch zusätzlich mit weiteren Stärken punkten: Arbeitsplätze, an denen man zum Gemeinwohl beiträgt, vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten und eine hohe Jobsicherheit sind hier nur einige Beispiele. Trotzdem muss der öffentliche Dienst noch stärker als attraktiver Arbeitgeber bekannt gemacht werden. Die Bundesverwaltung ist hier beispielsweise seit diesem Jahr mit der neuen Arbeitgeber-Dachmarke „Deutschland. Läuft nur mit dir.“ an den Start gegangen. Auf der dazugehörigen Karrierewebsite [www.karriere.bund.de](http://www.karriere.bund.de) informieren wir über das Arbeiten in der Bundesverwaltung, gewähren Einblicke und werben für eine Tätigkeit in unseren Behörden. ■

